

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 1/2 Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Zweihundsechzigster

Jahrgang.

Inserte
1/2 Sgr. für die fünfgespal-
tene Zeile oder deren Raum,
Reklamen verhältnismäßig
höher, sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Annoncen - Annahme - Bureau der Posener Zeitung sind: in Posen bei Hrn. Buchhändler Joseph Jolowicz, Markt 74 und Hrn. Krupski (C. S. Alrici & Co.), Breitestraße 14; in Gnesen bei Hrn. Theodor Spindler, Markt- und Friedrichsstraßen-Ecke Nr. 4; in Rogasen bei Hrn. Buchhändler Jonas Alexander; in Schrimm bei Hrn. Hermann Caspary; in Grätz bei Hrn. Louis Streiland und Hrn. D. Kempner; in Bromberg C. S. Witterliche Buchhandlung; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel: Haasenstein & Vogler; in Berlin, München, St. Gallen: Rudolf Wölfe; in Berlin: A. Tele-
meyer, Schloßplatz; S. Albrecht, Zeitungs-Annoncen-Expedition, Taubenstraße 34; in Breslau, Kassel, Leipzig, Bern und Stuttgart: Sachse & Co.; in Breslau: Emil Kabaß; Jenke, Wial & Freund; in Frankfurt a. M. G. F. Paube & Co.; Jäger'sche Buchhandlung.

Amtliches.

Berlin, 19. August. Se. M. der König haben Allergnädigst geruht: Dem Fürstlich lippe-detmoldischen Regierungs-Präsidenten und Chef des Kabinetts-Ministeriums Helldmann den Kronen-Orden II. Kl. und dem Fürstlich schauinsland-lippeischen Regierungs-Rath Spring in Bielefeld den Kronen-Orden III. Kl. zu verleihen.

Der Gerichts-Assessor Ferd. Schulz in Münster ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Olpe und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgericht zu Arnsberg, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Fredeburg, und der seitherige Kreis-Wundarzt Dr. Strahl zu Kreuznach zum Kreis-Physikus des Kreises Kreuznach ernannt worden.

Volkswirtschaftliche Briefe

von S. H.

Die Verkehrswege der Provinz Posen.

II.

Die Renten, welche ein Kanal gewährt, pflegen, wie sämtliche Kanalbesitzer Nordamerikas nach den Berichten des Dr. Wiß auszusagen, außerordentlich sicher zu sein und erheben sich bis zu 8 oder 10 Prozent jährlichen Ertrages. Dies läßt sich auch einsehen; denn die Kanäle werden ihrer billigen Frachtkosten wegen immer gesucht sein. Ein Kanal, welcher mit Benutzung des Odrabruches die Warthe und die Oder in kürzester Linie verbindet, könnte den Zentner oberflächlicher Steinkohle für 1/2 Pfennig pro Meile mit Erfolg von Breslau nach Posen transportieren, wie einer der geachteten Wasserbauingenieure von Berlin neuerlich versichert. Dagegen erscheint das allerniedrigste Preismaas, zu welchem die oberflächliche Eisenbahngesellschaft den Zentner Steinkohlen und andere schwere und im Verhältnis zu ihrem Volumen wenig Werth habende Waare zu transportieren vermag, ein Pfennig zu sein. Frachtkosten aber bedingen den Steinkohlenpreis fast absolut.

Die Eisenbahn kann es auch nicht billiger geben; abgesehen von den Herstellungskosten, welche sie sich vergüten lassen muß, denke man nur an ihre so ungeheuer namhaften Betriebskosten; den Kohlenverbrauch, die Lokomotiven und Waggon, die vielen Menschenkräfte, welche sie unaussprechlich erfordert! Außer der Schleusenbedienungs- und jeweiligen Reinigung kommt beim Kanal gar kein kostenerforderlicher Betrieb vor.

Und geben nicht die vielen Binnengewässer unserer Provinz gewissermaßen von selbst den Fingerzeig für ein Kanalnetz? Im Elbinger Oberlande hat man einen ähnlichen Fingerzeig vor dreißig Jahren beachtet, der dortige Kanalbau hat keinen seiner Urheber gereut, und von einer Ausbeutung der ostpreussischen großen Seen für den Kanalbau erwartet man mit Recht eine bedeutende Hebung im Wohlstand der dortigen Landbauer.

In unserer Provinz werden zunächst zwei Richtungen von Kanälen ins Auge zu fassen sein: die eine nach Süden, um zwischen Posen und Breslau; die andere nach Norden, um zwischen Posen und Thorn eine direkte Wasser Verbindung herzustellen. Der eine Kanal würde in der Gegend von Schrimm, der andere in der Gegend von Dornik in die Warthe münden. Selbstverständlich wird jeder Zuangriffnahme eines Kanals die gründliche Regulierung des Warthebetts voranzugehen haben.

Die Richtung West-Ost wird in unserer Provinz bereits durch Warthe und Nege vertreten; doch bietet sich auch in dieser Richtung verschiedene Gelegenheit zu kleineren Kanälen. Wenn außerhalb unserer Provinz die Warthe an jener Biegung, welche sie bei Kolo macht, durch einen Kanal mit der Bzura und Weichsel vereinigt würde, so könnte diese direkte Wasser Verbindung mit Warschau dem Holz- und Getreidehandel der Stadt Posen ähnlich zu Nutzen kommen, als die Eisenbahnverbindung mit Lodz, welche so verdienstvoll angestrebt wird.

Wichtiger aber erscheinen doch die in der Richtung Süd-Nord zu bauenden Kanäle. Durch sie würden die Provinzen Schlesien, Posen und Preußen, welche sowohl in nationaler, als politischer und strategischer Beziehung zusammengefaßt werden müssen, auch in eine enge wirtschaftliche Verbindung gesetzt. Die Stadt Posen würde zur Vermittlerin zwischen Breslau und Danzig und alle drei Städte würden sich wohl dabei stehen.

Man schelte diese Vorschläge nicht zu weitläufig; sie sind nächstliegend. Friedrich der Große pflanzte unsre Gegenden spöttisch herunter, sein Kanada oder sein Trofesenland zu nennen. Nun wohl, jene amerikanischen Gegenden (wesentlich eben so von exportierendem Ackerbau sich nährend, wie unsere Provinz) sind heut nicht nur von Eisenbahnen, sondern vorzüglich von Kanälen kreuz und quer durchschnitten; und der große König müßte heut die Bezeichnung „Kanada“ zurückhalten, weil jenes Land gegenwärtig unvergleichlich mehr und wohlfeilere Verkehrswege hat als unsere Provinz und dieselbe mit Riesenschritten zu überflügeln versteht. Indem dort eine vortreffliche Kanalreihe besteht, kann der Weizen von Kanada West, trotz des Weltmeeres, zu billigerem Preise auf den Londoner Markt gelangen, als unser Posener Weizen, der, wegen mangelnder Wasser Verbindung und bei der zu theuren Eisenbahnfracht, dem Danziger Getreidemarkt, an welchen die Londoner Kaufleute die höchsten Preise zahlen, verschlossen ist.

Alles in Allem genommen, müßten sämtliche Bewohner unserer Provinz, auch die Nichtkaufleute und Nichtlandwirthe, sich auf das Lebhafteste für eine Regulierung der Warthe und für demnächst zu bauende

Kanäle interessieren. Kommen doch die billigen Frachtpreise, welche für Brennmaterial und Baumaterialien ein Kanal erst recht eigentlich schafft, allen Einwohnern zugute. Und die billigere Versorgung mit Getreide und anderen Lebensmitteln ist auch bei einer kleinen Kanalstrecke schon fühlbar. Diese durch Wasser Verbindung erzielte Billigkeit könnte wohl Ursache werden, daß einzelne Industriezweige, die wesentlich auf niedrige Produktionskosten angewiesen sind, sich in unsere gleichzeitig von Eisenbahnen durchkreuzte Provinz zögen.

Ueberall heißt es: Ce n'est que le premier pas qui coûte. Der erste Schritt für den Kanalbau Deutschlands ist durch die neuerdings in Berlin erfolgte und Ihnen, verehrte Leser, signalisirte Stiftung des Vereins für Kanalbau und Binnenschiffahrt erfolgt. Die Kosten zum Kanalbau werden ebenso, nur leichter, veranschlagt werden, wie die ungeheuren Summen, welche der Eisenbahnbau verschlungen hat: Kanäle und Eisenbahnen bauen sich selbst, dadurch, daß nach jeder gebauten Meile der vervollkommnete Verkehrsnetz soviel Ersparungen ermöglicht und soviel Gewinn erzeugt, daß die folgende Meile, und noch mehr, mit Profit gebaut werden kann. Nur wenn man dies Exempel sich klar macht, ist man im Stande zu begreifen, daß die Summen, welche für den Kanalbau in England und Amerika ausgegeben sind, und welche dreizehnmal soviel betragen, als das in jenen Ländern umlaufende baare Geld, haben nach einander mit dem größten Gewinn für die Volkswirtschaft bestritten werden können. Vivat sequens!

Die außerordentlichen Provinzial-Synoden erfahren von der „Berl. Aut. Korrespondenz“ folgende Beurtheilung:

Die Wahlen zu den außerordentlichen Provinzial-Synoden stehen vor der Thür; bis zum 15. September sollen dieselben vollzogen sein; der Zusammtritt der Provinzial-Synoden steht noch im Laufe dieses Jahres zu erwarten und werden dieselben also gleichzeitig mit den Kammern tagen. Wir haben neuerlich bereits an dieser Stelle über den königlichen Erlass vom 5. Juni uns geäußert; die Bedenken, zu welchen derselbe uns Anlaß bot, haben durch die inzwischen veröffentlichte Instruktion des evangelischen Oberkirchenrathes nur noch verstärkt werden können. Eine Förderung der Neugestaltung der evangelischen Kirchenverfassung ist von diesen außerordentlichen Provinzial-Synoden nicht zu erwarten; es werden auch dieselben Anschauungen vorherrschen, welche mit dem Geiste, der allein noch den Protestantismus lebensfähig zu erhalten vermag, mit dem Geiste der freien Forschung und der religiösen Duldsamkeit im schreiendsten Widerspruch stehen. Den einzigen Nutzen, welchen, neben vielfacher Verwirrung, diese Provinzial-Synoden etwa zu stiften vermögen, könnte man darin finden, daß sie die Ueberzeugung von der Unmöglichkeit auf diesem Wege zu einer Neugestaltung der evangelischen Kirchenverfassung zu gelangen, selbst in solchen Kreisen verbreiten werden, die sich bisher noch nicht von der Nothwendigkeit einer gründlichen Reform der evangelischen Kirche an Haupt und Gliedern Rechenschaft zu geben vermögen. Was wird denn durch die von der höchsten Kirchenverfassung beabsichtigte Umgestaltung der Kirchenverfassung erzielt werden? Etwa die Selbstständigkeit der evangelischen Kirche, wie sie Art. 15. der Verfassungsurkunde ins Auge gefaßt hat? Mit nichten! man müßte denn unter „Selbstständigkeit“ die Unverantwortlichkeit der höchsten Kirchenverfassung gegenüber der Volksvertretung verstehen und unter „evangelischer Kirche“ die Hierarchie der evangelischen Geistlichkeit, die sich in den Pastoren, Superintenden, Konsistorien und dem Oberkirchenrath aufbaut und schließlich in der höchsten bischöflichen Gewalt des Landesherren gipfelt. Ob eine solche hierarchisch gegliederte Kirche noch den Namen einer „evangelischen“ verdient, möchte zu bezweifeln sein; die Idee des allgemeinen Priestertums hat darin keine Stelle mehr. Es kann nur als eine lediglich den Schein einer Laienvertretung erweckende Einrichtung betrachtet werden, wenn in den Kreis- und Provinzial-Synoden auch weltliche Mitglieder zu sitzen berufen sind. Die Provinzial-Synoden werden aus Geistlichen, und zwar vorwiegend einer bestimmten theologischen Richtung angehörig, und aus gleichgesinnten Vertrauensmännern derselben bestehen; es ist deshalb nicht eine „Förderung der Neugestaltung der evangelischen Kirche“, sondern nur eine Förderung der Herrschaft jener theologischen Richtung innerhalb der evangelischen Landeskirche von denselben zu erwarten, d. h. eine Vermehrung der Macht der Hierarchie. Eine katholischirende Richtung hat ja seit ihrem ersten Auftreten in unserer evangelischen Landeskirche gerade die hierarchische Verfassung der katholischen Kirche mit besonderer Vorliebe auf die Landeskirche zu übertragen gesucht und es selbst den Reformatoren zum Vorwurf gemacht, daß sie mit dieser Verfassung gebrochen hätten. Provinzial-Synoden, die dieser Richtung huldigen, sollen nun den Entwurf einer neuen Provinzial-Synodal-Ordnung für die sechs östlichen Provinzen begutachten, welcher an Stelle des früheren Entwurfes vom Jahre 1867 getreten ist, von demselben sich aber nur in Betreff einer unwesentlichen Abänderung der früher vorgeschlagenen Wahlordnung und zweitens in Betreff der den Provinzial-Synoden vorzuziehenden Aufgaben unterscheidet. In dem früheren Entwurf war denselben nur die Aufgabe gestellt: „als Erweiterung und Ergänzung“ des bestehenden Kirchenregimentes die kirchl. Interessen ihrer Provinz zu fördern; in dem gegenwärtigen ist diese Aufgabe dahin formuliert worden: Die evangelische Kirche der Provinz zu vertreten und deren Interesse zu fördern. Es handelt sich also dem Wortlaut nach um die Anordnung einer Vertretung der Kirche und nicht mehr bloß um die Einsetzung eines Anzuges des Kirchenregimentes. Daß diese „Vertretung“ aber in einer Weise geordnet werden wird, welche die Interessen jener katholischirenden Richtung fördert, läßt sich nach der Zusammenfassung der Provinzial-Synoden mit Sicherheit erwarten, denn alle auch nur entfernt an freisinnige Ideen erinnernden Reformvorschlüsse, welche von den höchsten Kirchenbehörden beabsichtigt werden, sind von den Vorführern jener Richtung sofort den gläubigen Pastoren als „Verrath am Leben der Kirche“ als „rechtliche Einführung des Unglaubens in das innere Leben der Kirche“ denunziert worden. Ja, der Oberkirchenrath ist in einem Programm, welches auch die „Kreuzzeitung“ veröffentlichte, verdächtig worden, daß er das Institut des Kirchen-Gemeinderathes, welches der katholischirenden Richtung schon anrathig ist, „zum Mauerbrecher der kirchlichen Revolution“ wolle machen lassen. Die Vorführer dieser Richtung werden also auch die Provinzial-Synoden namentlich dadurch zu beherrschen suchen, daß sie alle noch einigermaßen freisinnigen Elemente derselben durch die Bezeichnung des „Verraths am Leben der Kirche“, des „Mauerbrechens für die kirchliche Revolution“ einschüchtern. Die Mitglieder der evangelischen Landeskirche können sich durch diese Provinzial-Synoden nicht als vertreten betrachten, sondern nur durch Synoden, welche auf Grund eines mit der Volksvertretung vereinbarten Wahlgesetzes gewählt worden sind; die „Selbstständigkeit“ der Kirche

besteht für sie nicht darin, daß eine zufällig über die Mehrheit der Pastoren die Herrschaft übende theologische Richtung die Verfassung der Kirche nach ihren Interessen feststellt.

Deutschland.

△ **Berlin, 19. August.** Die jüngsten Vorgänge in Moabit haben in den Blättern eine sehr abweichende Darstellung erfahren. Einige hiesige Blätter, u. a. die „Voss. Ztg.“ und die „Völk. Ztg.“, enthalten Mittheilungen, nach welchen die Schutzmannschaft am Montag Abend, ohne durch Erzeße veranlaßt worden zu sein, mit blanker Waffe in die neugestaltete Menge hineingebrochen habe. Da die Polizei diese Darstellung als eine verleumderische bezeichnet, so gilt es, wie man hört, als wahrscheinlich, daß die Staatsanwaltschaft veranlaßt werden wird, gegen die Urheber dieser Mittheilungen auf gesetzlichem Wege vorzugehen. Was die Frage wegen der Bauerlaubnis für die Anstalt in Moabit betrifft, so ist dieselbe dem hier schon seit längerer Zeit bestehenden „Katholischen Frauenverein“ und zwar ausdrücklich für die Erbauung und Einrichtung einer „Erziehungsanstalt“ erteilt worden. Der geistliche Rath Müller aber hat in der Einweihungsrede den Charakter der Anstalt als Kloster zugestanden, was bei der Gründung des Gebäudes nicht angegeben wurde. — Zwischen dem Norddeutschen Bunde und Italien ist bekanntlich eine Uebereinkunft wegen gegenseitigen Schutzes des Eigenthumsrechts an literarischen Erzeugnissen und an Werken der Kunst abgeschlossen worden. Nach den Bestimmungen dieser Uebereinkunft wird nun bei dem Ministerium des Kultus die kostenfreie Eintragung der Bücher, Karten, Kupferstiche u. bewirkt werden, welche zum ersten Mal im Königreich Italien erschienen und noch nicht zum Gemeingut geworden sind. Das Kultusministerium hat daher in einer Instruktion an die Regierungen nähere Mittheilungen über die Formen und Modalitäten gemacht, unter welchen die Anmeldung stattfinden muß. Den preussischen Verlegern und Sortimentshändlern, welche bereits italienische Werke in Nachdruck oder Uebersetzung veröffentlicht oder zu veröffentlichen angefangen haben und einen Nachweis erlangen wollen, daß die Publikation vor Inkrafttreten des Vertrages (28. August d. J.) erfolgt sei, wird anheimgegeben, bis zum 28. November d. J. ihre Anmeldung an die Dispolizeibehörden gelangen zu lassen. Die Instruktion, welche die italienische Regierung zur Ausführung des Vertrages erlassen wird, soll auch von Seiten der preussischen Regierung zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden. — Die städtischen Verwaltungen haben bei der Wiederbesetzung erledigter Kommunalstellen bisher nicht genügend die Vorschriften der Verordnung über die Zivilverwaltung und Zivilanstellung der Militärpersonen vom Juni 1867 beachtet. Der Minister des Innern hat nun Veranlassung genommen, durch eine jüngst ergangene Verfügung die Regierungen aufzufordern, den Militärämtern die gefällige Fürsorge anzuweisen zu lassen, und namentlich darauf zu halten, daß die Vorschriften seitens der Lokalbehörden genau befolgt werden. — Die Panzerfregatte „Kronprinz“ soll in nächster Zeit gedockt werden, da der Boden des Schiffes einer Reinigung bedarf, und ist dieselbe daher nach Portsmouth dirigiert worden. — Der Corvetten-Kapitän Freiherr von Schleinitz ist zum 1. September von seiner Stellung als Degenert bei der Zentralabtheilung des Marineministeriums entbunden und tritt mit diesem Termine in den praktischen Dienst zurück, indem er dem Oberkommando der Marine zur Disposition gestellt wird.

○ **Berlin, 19. August.** Es ist nicht unbemerkt geblieben, wie bereit man von gewisser agitatorischer Seite ist, noch immer an eine geschlossene Opposition der süddeutschen Fürsten und Regierungen gegen den Nordbund und Preußen Glauben zu machen. Auch dem Unwohlsein des Großherzogs von Hessen, welches denselben verhindert, den König Wilhelm zu begrüßen und statt seiner den Prinzen Ludwig zu entsenden, ist ein politischer Charakter durch die Meldung beigelegt worden, der Großherzog habe den Separatzug, der ihn dem König zuführen sollte, plötzlich abstellen lassen. Wir erfahren von verlässiger Seite, daß der Großherzog nur durch eine plötzlich eingetretene Erkrankung auf den dringenden Rath seines Arztes sich veranlaßt sah, die bereits angetretene Fahrt aufzugeben. — Die russische Regierung hat ihre Vertreter hier und in Paris angewiesen, Erkundigungen über die Wirksamkeit der Schwurgerichte im Gegense zu dem früheren Verfahren einzuziehen. Man schließt daraus wohl nicht mit Unrecht auf eine beabsichtigte Reform der Justizverwaltung in Rußland. — Nach hergelaufenen Berichten aus Wien wird die österreichische Militärgrenze innerhalb der nächsten acht Jahre provinzialisiert werden. Sehr auffällig wird ein heute Abend in der „Neuen Preuß. Zeitung“ enthaltener Artikel des früheren Finanzministers und jetzigen Landtags- und Reichstags-Abgeordneten Frhrn. v. Patow bemerkt, welcher Bedenken gegen die projektirte Prämienanleihe erhebt. Der Name des Verfassers und der Ort, an welchem er seine Ansichten ausspricht, sind allerdings geeignet, die allgemeine Aufmerksamkeit anzuregen. — Ueber die Vertretung des auf Urlaub befindlichen Präsidenten des Bundeskanzleramtes Geh.-R. Delbrück sind ungenaue Nachrichten verbreitet. General von Noon übernimmt die Vertretung des Präsidenten nur in so weit, als demselben die Vertretung des Bundeskanzlers oblag. Die Präsidial-Geschäfte im

Bundeskanzleramt dagegen versteht der erste Rath des letzteren, Geh. Rath C., der bekanntlich als Protokollführer in den Plenarsitzungen des Bundesrathes fungirt. Präsid. Delbrück wird seine Erholungsreise nur auf etwa vier Wochen ausdehnen. — Die Säcularfeier Alexanders v. Humboldt am 14. Sept. d. J. verpflichtet hier in seiner Heimathstadt recht glänzend zu werden. Alle bisher angeregten Veranstaltungen, auch der Gedanke einer freiwilligen Illumination, sind vielfach mit lebhafter Theilnahme aufgenommen worden.

Das in dem § 197 des preussischen Strafgesetzbuchs gebrauchte Wort „Gift“ hat der „E. S.“ zufolge in der Praxis darum zu vielen Zweifeln Veranlassung gegeben, weil die medizinische Wissenschaft einer ausreichenden Definition des Begriffes „Gift“ entbehrt. Auch die wissenschaftliche Deputation hält es für rathsam, daß jener Paragraph, also lautet: „Wer vorsätzlich einem Andern Gift oder andere Stoffe beibringt, welche die Gesundheit zu zerstören geeignet sind u. s. w.“ anders gefaßt werde. Es sind hier Gift und andere Stoffe, welche die Gesundheit zu zerstören geeignet sind, ausdrücklich als zwei unterscheidbare Dinge nebeneinander gestellt worden. Dieser Unterscheidung liegt offenbar die Voraussetzung zum Grunde, daß mit dem Worte „Gift“ eine durch eine unfehlbare Begriffsbestimmung umgrenzte Gruppe von Stoffen bezeichnet werden soll, für welche die Eigenschaft, die Gesundheit zu zerstören, bei Anwendung des Paragraphen nicht erst nachgewiesen zu werden braucht, während dieser Nachweis bei anderen Stoffen erforderlich ist. Diese Voraussetzung trifft nicht zu und was dem Einen wohlthat, kann für den Andern Gift sein. Alkohol, Opium, Sarsaparilla haben giftige Eigenschaften und werden doch zu Genußmitteln verwandt, und selbst das stärkste aller Gifte, Arsen, findet eine Verwendung zu diätetischen Zwecken. Alle Versuche, den Begriff „Gift“ vom chemischen Gesichtspunkte aus zu definieren, sind bis jetzt fehlgeschlagen. Die Wissenschaft ist nicht im Stande gewesen, eine bestimmte Beziehung zwischen der Zusammenfassung eines Stoffes und seiner Wirkung auf den menschlichen Organismus festzustellen. Verbindungen, deren Elemente vollkommen harmlos sind, wirken in hohem Grade giftig, wie z. B. die Blausäure, während andererseits manche an und für sich schädlich wirkende Elemente in einigen ihrer chemischen Verbindungen alle Gesundheit zerstörenden Eigenschaften einbüßen. Auch die praktische Medizin vermag nicht unangreifbare Kriterien für die Gefährlichkeit der Stoffe, denen die Bedeutung „Gift“ ausschließlich zukäme, aufzustellen. Die in den meisten Lehrbüchern der gerichtlichen Medizin adoptirte Definition von „Gift“ hält die wissenschaftliche Deputation für unvollständig und unzulässig und sie hält den Ausdruck „Gift“ im Strafgesetzbuch für ganz entbehrlich, da die in dem § enthaltenen Worte: „Stoffe, welche die Gesundheit zu zerstören geeignet sind“, ausreichen, um die in dem § vorgezeichneten Fälle der Körperverletzung zu erschöpfen. — Der Gesetzentwurf adoptirt diesen Vorschlag und formuliert den entsprechenden § 202 wie folgt: „Wer vorsätzlich einem Andern Stoffe beibringt, welche die Gesundheit zu zerstören geeignet sind, wird mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft.“

Gegenüber den vielen Klagen über das Verhalten der Regierung im religiösen und Unterrichtsangelegenheiten, Klagen, welche stets auf den Wunsch nach Entlassung des gegenwärtigen Kultusministers hinauslaufen, bemerkt die „Berl. Börz.“:

Wir können dieser Ansicht nicht vollkommen beipflichten, wie richtig es auch ist, daß die beklagten Erscheinungen in unserem Staatsleben unter dem Kultusminister v. Mähler sich ganz besonders zugespielt haben und daß daher der Rücktritt dieses Mannes im Interesse einer gesünderen Entwicklung unseres öffentlichen Lebens in hohem Grade wünschenswerth erscheint. Allein eine radikale Besserung in liberalerem Sinne setzt unseres Erachtens nicht bloß einen Wechsel in der Person des Kultusministers, sondern die gänzliche Beseitigung des Kultusministeriums voraus. Dieses hat gar keinen Zweck, wenn nicht den, der Mittelpunkt einer durchaus ungerechtfertigten und schädlichen Einmischung des Staats in kirchliche Angelegenheiten zu sein. Vor dem Jahre 1849 mochte man diesem Ministerium eine Bestimmung mit Rücksicht auf die eigenthümliche Stellung der evangelischen Kirche im preussischen Staate und das dem König zuzehörende kirchliche Primat zusprechen, allein davon kann nicht mehr die Rede sein, seit durch die 1. Erlasse vom 26. Januar 1849 und 29. Juni 1850 der evangelische Oberkirchenrath als eine vom Kultusminister unabhängige Behörde zur obersten Verwaltung der Angelegenheiten dieser Kirche eingestuft ist. Das Kultusministerium hätte seitdem seinen Platz mehr in unserem Staate haben sollen, allein es fuhr fort, kirchliche Angelegenheiten aller Art und aller Konfessionen zu seiner Kognition zu ziehen. Die schärfste, aber unverständende, Kritik erhielt diese „Staatsbehörde“, als die Katholiken darauf drangen, daß ihnen im Kultusministerium eine entsprechende Vertretung gewährt werde; Friedrich Wilhelm IV. aber, statt auf diesen dringenden Forderungen hin die ganze Institution zu beseitigen, bewilligte das Verlangen und setzte somit dem Widerspruch gegen die im Artikel 15 der Verfassung des Reichsgesetzgebungsorgans zugesicherte Selbstverwaltung die Krone auf. So entstand denn die „katholische Abtheilung“ im Kultusministerium, unter deren Auspicien wir glücklich bis zur Errichtung von Klöstern vor den Thoren von Berlin gelangt sind. Nach unserer Verfassung kann keine Religionsgesellschaft mit dem Staate über etwas Anderes zu verhandeln haben, als über Rechtsfragen und solche gehören in das Ressort des Justizministers. Diesem müssen sie zugewiesen werden, dann allein können wir eine freie Selbstverwaltung auf kirchlichem Gebiete erhoffen, und auch das Unterrichtsministerium wird nicht eher einen gesunden Entwicklungsengang nehmen, als bis wir an Stelle des Ministers für Kultus und Unterricht bloß einen Minister für Unterricht haben werden. So ist es selbst in Frankreich, das wir wahrlich auf keinem Gebiete gern als Muster hinstellen mögen. Frankreich hat einen Unterrichtsminister, aber keinen Kultusminister, sondern die oberste Entscheidung in den äußeren Angelegenheiten der Kirche liegt ganz richtig in den Händen des Justizministers. Wir meinen, daß unter allen intendirten Reformen die Beseitigung des Kultusministers eine der dringendsten ist. Die Beseitigung der Real-Union zwischen Schule und Kirche muß die der Personal-Union vorausgehen. Wenn sich das Kultusministerium auf die Erfüllung derjenigen Aufgabe, welche nach richtigen Grundsätzen dem Justizministerium zufallen muß, nämlich die Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der kirchlichen Gemeinschaften beschränkt hätte, so konnte von katholischer Seite nicht der Anspruch auf die Einrichtung einer besonderen katholischen Abtheilung erhoben werden; wäre er dennoch erhoben worden, so würde er als eine Beleidigung und Annäherung mit Recht zurückgewiesen sein. Da aber das Kultusministerium einmal die falschen Bahnen eingeschlagen und sich in die inneren Angelegenheiten des Kultus eingemischt hatte, so konnte der Anspruch der Ultramontanen auf eine Vertretung innerhalb dieser Oberkirchenbehörde nicht wohl bestritten werden. Seitdem bildet nun die katholische Abtheilung des Kultusministeriums den Centralpunkt der katholischen Propaganda in Preußen und findet in dem Hote des fürstlichen Hauses Radziwill eine wichtige und Einfluß verleiheende Ergänzung. Die Familie Radziwill, welcher man Fanatismus und Unbuddsamkeit nicht gerade zum Vorwurf macht, aber voll lebendigen Eifers für die Interessen der katholischen Kirche ist, hat bekanntlich höchst bedeutende Verbindungen. Sie bietet den Gesinnungsgegnern den geselligen Kreis, in welchem Vorberatungen stattfinden, unter ihrem Protektorat bilden sich Vereine und Genossenschaften, an ihre Adresse richten sich römische Botschaften. Die Klostergründung bei Berlin war im Radziwill'schen Hause schon vor Jahr und Tag als wünschenswerth besprochen. Dem Scharbild der katholischen Parteiführer entging es nicht, daß das orthodoxe Wesen in der evangelischen Kirche nach unfehlbaren logischen Gesetzen der katholischen Kirche viel Terrain frei machen müsse, insofern ein Theil der Protestanten sich unwillig überhaupt von der Kirche abwandte, ein anderer Theil aber, die neue Richtung akzeptirte, über die von den kurzfristigen Führern gesteckten Grenzen alsbald sich fortgerissen und der Abgeschlossenheit und klaren Konsequenz der römischen Kirche zugeführt sehen würde. Bei so günstigen Chancen hielt man die Aufbietung außerordentlicher Kräfte und das Hervorbringen mit bisher zurückgehaltenen Apparaten für rathsam. Der Plan, bei dessen Geburt der Ministerialdirektor im Kultusministerium, früherer Staatsanwalt Krätzig mehr Thätigkeit entwickelt hat, als er und seine Freunde jetzt zu geben wollen, wurde mit erhöhtem Eifer verfolgt, als der Ultramontanismus in Oesterreich mehr und mehr bei Seite gedrängt wurde, die preussische Regierung aber in sehr wunderlicher, von folgenreicher Verkennung der Lebensbedingungen des eigenen Landes erfüllter Ausbeugung des Antagonismus gegen die österreichische Regierung, sich anschickte, das in Oesterreich unterdrückte ultramontane Wesen ihrer-

seits zu protegieren. Bei den lange gepflogenen Beratungen, an welchem Orte das Kloster am besten zu errichten, stand der Besorgniß vor Konflikten mit der Bevölkerung und also der Neigung zu einem stillen, abgelegenen Orte der Drang gegenüber, recht offen und led die Bäume auszuheften. Die Entscheidung in der letzteren Richtung, welche das Kloster in Moabit mitten unter die Maschinenbauer gestellt hat, ist vielleicht schon nach den bisherigen Erfahrungen bereut worden. Freilich sollen einzelne geheime Gründe von Gewicht für diese Entscheidung gesprochen haben, und auch die Leichtigkeit, mit welcher es dem Reichsminister der alten, strengfahrlässig gestimmten Frau Borst — ihr Sohn, der Chef der Babel, ist protestantisch, wie auch seine Gemahlin — unter Assistenz des Geistlichen Raths Müller gelungen ist, dieser Dame alle für die Errichtung des Klosters wünschenswerthen Konzessionen abzugewinnen, mag sehr verführerisch gewesen sein. — Wir haben schon bemerkt, daß diesem Unternehmen, wie allen auf die Ausbreitung des Katholizismus in Preußen gerichteten, aus der Mitte der katholischen Abtheilung des Kultusministeriums die kräftigste Unterstützung zu Theil geworden ist, wie es denn überhaupt keine Frage ist, daß für die römischen Interessen das Kultusministerium in Preußen wirklich die Bedeutung erlangt hat, welche es für das Gedeihen der evangelischen Kirche zu haben bestimmt ist. Die letztere steht hin und wieder zurück, während die katholische Kirche zunimmt und vordringt. Meinungen und Illusionen sind hierüber unmaßig, da die nüchterne Statistik es in klaren Ziffern nachweist, daß der Katholizismus an Zahl der Gemeinden, der Kirchen, der Köpfe in Preußen unverhältnismäßig wächst. Das ist die Frucht des evangelischen Kultusministeriums in Preußen und seiner katholischen Abtheilung.

Der Unterrichtsminister hält eine Revision und neue Redaktion der in den alten Landen geltenden Prüfungsordnung der zur Universität übergehenden Gymnasial-Oberprimaner um so mehr an der Zeit, als, ausgehen von den in den neuen Landen deshalb geltenden Prüfungsordnungen, das Reglement vom 4. Juni 1831 in den seit Erlaß desselben verfloßenen 35 Jahren wiederholt modifizirt worden ist, und Zufüge erhalten hat, welche der innern und äußern Einheit desselben Eintrag gehen haben. Demgemäß sind sämtliche Provinzial-Schulkollegien und wissenschaftliche Prüfungskommissionen veranlaßt worden, in Erwägung zu ziehen, worin die gegenwärtige Maturitätsprüfungsordnung der Gymnasien einer zeitgemäßen Abänderung bedürfen möchte und insbesondere eine Vereinfachung zuläßt. Den Schulbehörden und Gymnasialdirektoren in den neuen Landen ist zum Theil bereits Gelegenheit gegeben worden, sich darüber auszusprechen, wie weit sie die dort geschilderte und von der altpreussischen abweichende Einrichtung beizubehalten wünschen. Die dort (meist in Hannover) geäußerten Wünsche werden zur Berücksichtigung oder Widerlegung im Wesentlichen mitgetheilt und gegen den Schluß folgende Neuerungen von dem Minister zur Sprache gebracht: „Die wiederholt und von verschiedenen Seiten gestellten Anträge, die von einer Realschule erster Ordnung mit dem Beizug der Reife entlassenen Schüler hinsichtlich der Zulassung zu den Universitätsstudien den Gymnasial-Abiturienten gleichzustellen, haben in dieser Allgemeinheit nicht genehmigt werden können; eben so ist bisher nicht gestattet worden, solche Realschüler Behufs Erwerbung eines Gymnasial-Maturitätszeugnisses nachträglich nur eine Ergänzungsprüfung in den beiden alten Sprachen bestehen zu lassen, weil sich die Verschiedenheit der Anstalten beider Kategorien nicht auf den Unterricht im Griechischen und Lateinischen beschränkt. Der Gegenstand verdient indeß, bei der gegenwärtigen Veranlassung, ebenfalls in Betrachtung gezogen zu werden, und ich wünsche die gütigliche Aeußerung, ... darüber zu vernehmen, ob dasselbe es für genügend halten würde, wenn junge Leute, welche auf einer Realschule erster Ordnung ein Maturitätszeugniß mit dem Prädikat „gut“ erhalten haben und denen im Deutschen, in der Geschichte und Mathematik befriedigende Kenntnisse und Fertigkeiten beigegeben sind, zu dem angegebenen Zweck bei einem Gymnasium nachträglich nur im Griechischen, Lateinischen und in der alten Geschichte geprüft werden.“ Schließlich heißt es: „Die Beibehaltung des Abiturienten-Examens überhaupt zur Frage zu stellen, ist, wie es wohl auch dazu nicht an Anregungen fehlt, nicht die Absicht, vielmehr nur die zeitgemäße Modifikation und Vereinfachung desselben. Die u. A. auch vorgeschlagene Unterscheidung einer Kategorie von Gymnasien, die das Examen zu halten hätte, von einer anderen, der es erlassen werden könnte, würde ganz unausführbar sein.“

Prof. Gneist hat eine neue Broschüre herausgegeben, „Vorschläge zur Lösung des Schulstreites durch die preussische Kreisordnung.“ Die Broschüre beginnt mit dem Satz: „Am 27. Juni 1869 sind fünfzig Jahre verflossen, seit dem Tage, an dem die Ausarbeitung eines Gesetzes über die Verfassung des Schulwesens im preussischen Staate vollendet war, welches bis heute noch nicht zur Ausführung gelangt ist.“ „Wir thun wohl besser“, sagt der Verfasser, „bei dieser seltenen Demisikularfeier uns möglichst nüchtern die Wahrheit zu sagen. Vor Allem ist die Selbstauslösung und die Phrasen abzuschleifen und das schwere Werk mit dem Gesandniß zu beginnen, daß unsere „öffentliche Meinung“ sehr wenig für unsere Volksschule gethan hat. Die Probe für den ersten Willen, der Volksschule zu helfen, liegt in dem Entschluß, Geld für die Volksschulen zu schaffen. Die unmittelbare Aufgabe der Gesetzgebung ist die Beschaffung von 2 Millionen Thaler für Lehrerbesoldungen und von noch 2 Millionen Thaler als Ersatz der Schulgebühren. Das neue Schulgesetz muß unmittelbar für einen jährlichen Mehrbedarf von 4 bis 6 Millionen Thalern und dann für weitere Erhöhungen sorgen. Philosophie und Resoluit ist seit zwei Jahrzehnten über die Reform des preussischen Schulwesens zur Genüge. — Wer fortan Vorschläge zu machen hat, soll sagen, wie er jährlich vier bis sechs Millionen Thaler aufzubringen gedenkt.“ — Dafür, daß Hr. Gneist in dieser Weise alle Schuld der öffentlichen Meinung aufbürdet und der Regierung die Rolle des Selbstverleumdenden abnimmt, schreibt die „Erl. Z.“, hat eigentlich Herr v. Mähler alle Ursache, ihm dankbar zu sein. Nicht minder wohlgefällig wird auch sein Herr Kriegeskollege es aufnehmen, daß Gneist das Geld nicht von seinem Etat abgezogen zu sehen verlangt, sondern durch neue Zuschläge zu den sämtlichen direkten Staatssteuern aufbringen will. Freilich sollen dieselben als Kreissteuern erhoben werden, in dem Gneist in der Vorrede darüber, daß in Preußen jemals eine vernünftige Landgemeindeordnung zu Stande kommt, die gesammte Unterhaltung der Schulen auf dem platten Lande zur Kreislast machen will. Auch dagegen wird die Regierung nichts einzuwenden haben. Keinesfalls aber ist Aussicht vorhanden, daß sie dem Gneistischen Vorschlage zustimmt, für die Wahl der Kreisvertretung das Dreiklassenwahlgesetz für das Abgeordnetenhaus gelten zu lassen und Kreiswahlkommissionen die Selbstverwaltung der Schulen zu übertragen, vorbehaltlich der Feststellung von Regulativen durch ein Oberschulkollegium, und der Beaufsichtigung durch General-Schulinspektoren.

Dem Ausschuss des Bundesrathes für die Gewerbeordnung ist Seitens des Bundespräsidiums der Entwurf eines Reglements für die Prüfung der Zahnärzte, sowie der Entwurf eines Reglements für die Prüfung der Thierärzte zur Vorberatung überwiesen worden.

Das Kautionsgesetz für Beamte des Norddeutschen Bundes vom 2. Juni 1869 ist in vieler Beziehung von den noch jetzt in Preußen bestehenden Bestimmungen über Stellung von Kautionen Seitens königlicher Kassenbeamten so wesentlich verschieden und gewährt diesen Letzteren so viele Erleichterungen, daß der in den betreffenden Kreisen herrschende Wunsch, dasselbe auch möglichst bald für die preussischen Beamten in Kraft treten zu sehen, gewiß gerechtfertigt erscheint, meint der „Börz. R.“ und giebt folgende Daten:

Während der preussische Kassenbeamte nach dem Reglement das Doppelte des bezogenen Gehalts als Kaution hinterlegen muß, und ihm im Unvermögensfalle nur in den seltensten Fällen zur Ansammlung derselben Gehaltsabzüge bewilligt werden, normirt das Bundesgesetz die Höhe der Kautionen nach dem jährlichen Geldumlauf der zu verwal tenden Kassen und zwar sind zu erlegen: für Stationen mit einer jährlichen Bruttoeinnahme bis zu 5000 Thlr. 300 Thlr.; von 5000 bis zu 15,000 Thlr. 400 Thlr.; von 15,000 bis zu 25,000 Thlr. 500 Thlr.; von 25,000 bis zu 50,000 Thlr. 700 Thlr. und über 50,000 Thlr. 1000 Thlr. Ferner kann den Bundesbeamten, sofern dieselben außer Stande sind, die Kaution auf einmal zu beschaffen, gestattet werden, dies durch Gehaltsabzüge zu bewirken, welche bei einem jährlichen Dienstverdienst des Kautionspflichtigen von unter 200 Thlr. mindestens 1 Thlr. monatlich, bei einem Dienstverdienst von 200 bis 300 Thlr. mindestens 2 Thlr. monatlich, und bei einem jähr-

lichen Gehalt von über 300 Thlr. 3 Thlr. monatlich zu betragen haben. Hat der Kautionspflichtige eine sehr zahlreiche Familie, oder sprechen besondere Umstände dafür, einen geringeren Abzug anzuwenden, so können ausnahmsweise auch bei einem Dienstverdienst von 200 bis 300 Thlr. jährlich die Abzüge bis auf 1 Thlr. monatlich ermäßigt werden. Beim Eintritt einer Erhöhung des Dienstverdienstes können die Abzüge entsprechend erhöht werden, die Zulagen selbst sind jedoch zum Zwecke der Kautionsbildung nicht einbehalten. Durch diese Vergünstigung wird auch unbedeutenden Beamten die Gelegenheit geboten, in besser dritter Stellung einzutreten, während nach den alten noch in Preußen geltenden Grundätzen leider sehr häufig befähigte und talentvolle junge Leute wegen Mangel an Mitteln zur Kaution nicht vorwärts kommen können.

Um den Bedrückungen, welche die englischen (Hulken) Fischer, die oft in der Zahl von 200 auf einem Punkte vereinigt sind, gegen die mit Fischfang und Austerfischerei beschäftigten Bewohner der preussischen Küsten in der Nordsee ausüben, entgegenzutreten, wurde bekanntlich schon im vorigen Jahre das Dampfschiff „Komet“ von Seestemünde aus von der preussischen Regierung beordert. Das Schiff hatte damals vollständig seine Schuldigkeit getan und als auch in diesem Jahre vor 3 Wochen aus Nordsee die Nachricht von dem Erscheinen von ca. 150 englischen Schiffen für den Fischfang hier einlief, erließ das Marineministerium von Neuem den Befehl an den „Komet“, gegen das etwaige Aufweisen dieser Fischer auszulassen. Der Vertrag zwischen England und Frankreich wegen der Küstenfischerei enthält bekanntlich die Bestimmung, daß diese auf 3 Meilen von fremden Küsten geachtet werden müsse. Diese Bestimmung ist für die Nordsee wegen der vielen Watten nicht ausführbar und man nimmt hier an, daß die Küstenfischerei auf Kanonenschußweite von fremden Schiffen geachtet werden müsse.

Auf Nordsee sind unlängst in Gegenwart des Kronprinzen von Preußen der General-Sekretär der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, Dr. Schumacher, Rettungsproben vorgenommen worden, welche zu einer Entdeckung auf diesem Felde praktischer Humanität geführt zu haben scheinen. Man hat nämlich gefunden, daß es bei der Abwendung von Rettungsraketen zweckmäßiger sei, dieselben nicht über das Schiff hinaus zu schießen und dann einen Korb an der Seile hin und her gehen zu lassen, weil für die dazu nöthige Operation die Mannschaft oft schon allzu kraftlos ist, sondern vielmehr sie vor dem Schiffe einen Anker einwerfen zu lassen, an welchem dann das Rettungsboot hinanzubringen wäre. Weitere Proben müssen herausstellen, ob die Idee sich thatsächlich bewährt.

Die neue städtische Einkommensteuer wird, wie man der „Erl. Ztg.“ schreibt, demnächst zu Verhandlungen über eine höchst interessante Frage Veranlassung geben. Ein Ausländer (aus den russischen Ostprovinzen), welcher sich seit Jahren in Berlin aufhält, ist vom Magistrat zur Einkommensteuer herangezogen worden. Er weigert sich nun keinwegs zu zahlen, aber er verlangt, daß er nun auch die Rechte der übrigen Steuerzahler ausüben, d. h. daß er sich bei den Gemeindevorständen betheiligen kann. Man ist gespannt darauf, welche Ansicht der Magistrat über die Sache haben wird; auf jeden Fall wird der Betroffene, falls sein Verlangen vom Magistrat zurückgewiesen wird, den Beschwerdeweg einschlagen und sich an die Regierung zu Potsdam resp. in letzter Instanz an das Ministerium des Innern wenden. Wird dem Betroffenen das Recht, sich an den städtischen Vorständen zu betheiligen, gewährt, so werden voraussichtlich viele der hier anwesenden Fremden, welche gleichfalls zur Einkommensteuer herangezogen sind, das gleiche Recht für sich in Anspruch nehmen. — Der Magistrat ist der „Post“ zufolge durchaus nicht gewillt, auf die Post- und Telegraphenbeamten als städtische Steuerzahler zu verzichten, er hat vielmehr in dem bekannten Prozesse des Postsekretärs Dithmer gegen das erstinstanzliche Erkenntnis, welches die Kommune zur Rückzahlung von 15 Sgr. 4 Pf. Miethsteuer verurtheilt, den Rekurs eingelegt; mit welchem Erfolge, werden wir unsern Lesern zur Zeit mittheilen. Auch die „Erl. Ztg.“ bringt wieder eine kleine Steuerjagd. Die Seehandlung ist als gewerbliches Institut begründet und hat, indem sie Handel trieb und sich industriell betheiligte, den gewerblichen Charakter treu festgehalten. Erst in neuerer Zeit kam man auf die Idee, dieselbe zu einem Staatsgeldinstitut, das hauptsächlich des Staats und seiner finanziellen Operationen wegen da sein sollte, zu machen; aber zur Ausführung ist der Plan noch nicht gelangt. Denn noch besitzt die Seehandlung Fabrikfabrikanten. Für die städtische Steuer scheint nun aber die Seehandlung schon jetzt das Staatsgeldinstitut sein zu sollen; die Regierung aber ist geneigt, sie als eine Anstalt im öffentlichen Interesse, welche Gewerbe nicht mehr treibt, hinzustellen und für steuerfrei zu erklären.

Der Abg. Twesten erholt sich, wie der „Magd. Ztg.“ geschrieben wird, leider sehr langsam von seiner Krankheit. Er muß noch immer viel das Bett hüten und wird nicht daran denken können, den Beratungen des Abgeordnetenhauses in der nächsten Session beizuwohnen. Ueberhaupt ist es fraglich, ob Twesten bei seiner schwächlichen Konstitution in der Lage sein wird, den Anstrengungen parlamentarischer Thätigkeit noch einmal sich zu unterziehen. Die Aerzte haben ihm die größte Schonung zur Pflicht gemacht.

Wie die „Voss. Z.“ vernimmt, wird Hr. Professor Birchow Berlin auf mehrere Wochen verlassen, und sich zunächst zu dem internationalen Kongress für prähistorische Archäologie nach Kopenhagen begeben, später alsdann den Ausgrabungen der Pfahlbauten bei Daber in Pommern betheiligen, zu denen die Regierung die nöthigen Mittel bewilligt hat.

Ueber die Moabiter Vorgänge am Dienstag Abend wird der „Voss. Ztg.“ folgende faum gläubliche Mittheilung gemacht:

Der Baun des sogenannten Klosters war, wie schon gemeint, am Dienstag wieder hergestellt worden und zwar so, daß das Innere der Baulichkeiten und Höfe den Blicken Vorübergehender entzogen war. Die Eingänge waren von Schugleuten bewacht und zur Abwehr eines abermaligen Angriffes lagerten im Innern unter Führung der Hauptleute v. Stadthardt und Hermann, sowie mehrerer Polizeileutnants, eine Abtheilung Schugleute, außerdem war noch ein Soutien von Schugleuten zu Fuß und zu Pferde im Feuerwehrepoth und in anderen öffentlichen Gebäuden Moabit untergebracht und zahlreiche Schugleute in Bütteln untertheltens relognosirend die Verbindung. Dieser bedeutende Aufwand an Kräften und Mannschaften schien indeß für diesen Tag ohne Noth gemacht zu sein, denn unbehelligt konnte der Abendgottesdienst in der Kirche des Klosters abgehalten werden, indeß draußen vor der Thürmühle her nur ab und zu kleine Gesellschaften Neugieriger beim Vorübergehen einen Blick in das Gehöft zu thun versuchten. Auch nach eingetretener Dunkelheit, als Arbeiter und Soldaten mit ihren Frauen und Mädchen die Zahl der Neugierigen vermehrten, sodas sich in der Nähe des Grundstücks gegen 9 Uhr Abends größtentheils ab- und zugehend höchstens 400 Menschen in Trupps von 5 bis 20 Köpfen aufhalten mochten, bewachte die Ansammlung noch den Charakter harmloser Neugier. Nur etwa ein halbes Duzend Jungen sand sich bemüht, dann und wann ein tartoffelgroßes Steinchen über den Straßendamm zu werfen und gegen den neuen Baun poltern zu lassen, ohne daß deshalb einer der draußen von 20 zu 20 Schritten postierten Schugleute ein Wort dagegen eingewendet oder die übrigen durchaus ruhige Menge zum Auseinandergehen aufgefordert hätte. Da plötzlich öffnete sich das Thor, und ohne daß auch nur ein einziges Mal die geleglich drei Mal auszuführende Warnung gehört wurde, stürzten mit blank gezogenen Säbeln etwa 30 Schugleute auf das völlig unvorbereitete Publikum los, welches natürlich nach allen Richtungen entfloß, wobei aber Frauen und Kinder und überhaupt alle, welche sich nicht schnell aus dem Staube zu machen verstanden, am schlechtesten wegkamen. Gleichzeitig fand ein ähnlicher Ausfall nach dem freien Felde zu (von der Hinterseite des Grundstücks aus) statt, so daß das Publikum von zwei Seiten gejagt wurde. Dann wurden noch wiederholt „energische Säuberungen“ der Straßen unter Zuhilfenahme berittener Schugleute ausgeführt. Im Uebrigen wird uns noch ausdrücklich versichert, daß am Dienstag Abend kein Ereignis des Publikums, weder vor noch nach diesen Angriffen stattgefunden. Wie gesagt, scheint uns diese Darstellung nicht ganz wahrheitsgemäß, schon deshalb, weil am Dienstag Abend 24 Personen (Tag vorher 17) verhaftet wurden. Am Mittwoch Abend ist die Ruhe in Moabit nicht wieder gestört worden. Etwa 200 junge Bursche hatten sich Abends in der Nähe des Klosters aufgestellt, dessen Baun jetzt wieder vollständig erneuert ist und dessen Eingang von einem Pilei Schutzmänner besetzt war. Als letztere gegen 10 Uhr sich nach Hause verfügten, gingen auch die jungen Leute ruhig und still auseinander. Hoffentlich haben damit die Ständele, die nur der Kirsche Wasser auf die Wiege führten, ein Ende. Die „W. Z.“ hört, die Dominikaner wären willens gewesen, am Grundbrunnen bei Berlin ein zweites Kloster anzulegen, doch ständen sie nach den Er-

fahrungen in Moabit von dem Vorhaben einstweilen ab. Dagegen soll die Kasse vorhanden sein, an anderen Punkten der Mark noch viele Klöster zu errichten.

— Das „Berl. Korresp.-Bureau“ erzählt: „In letzter Zeit ist vielfach die Frage aufgeworfen worden: Wer ist der geistliche Rath Müller,“ welcher bei Gelegenheit der Einweihung des neuen Dominikaner-Klosters in Moabit die vielbesprochene Rede gehalten? Wir haben darüber Erkundigungen eingelegt und erfahren, daß Herr Müller zwar ein katholischer Geistlicher und seit einer Reihe von Jahren im Dienste der katholischen Kirche in Berlin thätig ist, jedoch nicht als thätig bei einer hiesigen katholischen Kirche amtierend fungiert. Herr Müller ist vielmehr der hiesigen katholischen Geistlichkeit mit dem päpstlichen Titel eines „geistlichen Rathes“ zugetheilt und ihm die spezielle Funktion als Organisator des hiesigen katholischen Vereinswesens überwiesen worden, als welcher derselbe auch eine sehr rege und vielfach bemerkbare Thätigkeit entwickelt hat, sowohl in Betreff der Gründung neuer als auch der Belebung bereits früher vorhandener Vereine. Für sämtliche katholische Vereine Berlins und der Umgegend, deren Zahl uns auf 16 angegeben wird, fungiert Herr Müller den Behörden gegenüber als Vertreter.

— Es ist den Süddeutschen nicht entgangen, daß die preussische Regierung, wie bei der Klosteröffnung in Moabit neuentstehend deutlich hervortrat, sich den Ultramontanen möglichst freundlich zu erweisen sucht, und man hat sofort das Richtige herausgefunden, daß nämlich die preuß. Regierung auf diesem Wege unter den Katholiken Süddeutschlands Propaganda für ihre Politik zu machen hofft. Wie sehr sie sich in dieser Hinsicht täuscht, beweist der Verlauf einer Versammlung hiesiger Katholiken, über welche der „S. f. N.“ aus Stuttgart folgendes geschrieben wird:

Verschiedene Redner gedachten freudig der Thatsache der Klostergründung in Moabit, aber sofort wurde auch beigefügt, daß die preussische Regierung offenbar nichts Anderes damit bezwecke, als die Süddeutsche partikularistische Partei, zu welcher bekanntlich die Ultramontanen mit den Demokraten sich verbunden haben, für sich zu gewinnen. Es sei dies eine preussische List, vor der man auf der Hut sein müsse, ein hingeworfener Köder, den man ignorieren müsse. Die katholische Gesellschaft trennte sich mit dem festen Entschluß, ihre Agitation gegen den Eintritt in den Nordbund dadurch nicht im Mindesten ins Stocken geraten zu lassen. Ist die katholische Richtung der preussischen Regierung somit nur ein Schlag ins Wasser, sofern sie die Versöhnung des katholischen Südens bezwecken will, so muß man sie noch verfehlter nennen, wenn man die Wirkung dieser Politik auf die süddeutschen Protestanten ins Auge faßt. Je näher eine Bevölkerung den staatlichen Brennpunkten des modernen römischen Weisens wohnt, je tiefer sie in dessen Inneres sein und Treiben blickt, desto größer ist auch ihre Abneigung gegen dasselbe. Das möge die preussische Regierung bei ihren politischen Operationen nach dem Süden hin nie vergessen.

— Die Geistlichkeit in der Provinz Kassel zeigt sich gegen die neue Synodalverfassung äußerst renitent. Die „Hess. Volksz.“ berichtet hierüber:

„Dem Marburger Konsistorium waren die Vorbereitungen zur Synode und deren Leitung übertragen, die übrigen Konsistorien sollten je zwei Mitglieder zur Unterstützung dorthin senden. Von dem Marburger Konsistorium sind nun die beiden Superintendenten renitent, bleiben die beiden Mitglieder Rödenbeck und Professor Ranke; das Hanauer Konsistorium ist gänzlich renitent, und das hiesige ist in Marburg durch Herrn Pfarrer Jatho und K. Weg vertreten, da General-Superintendent Martin und Konsistorialrath Hoffmann renitent sind. Die Synode wird also geleitet von zwei lutherischen Konsistorialräthen, einem uniten und einem weltlichen Mitgliede; eine Vertretung der reformierten Kirche findet, da Ranke lutherisch und Rödenbeck unit ist, nicht statt, obgleich Hessen zum weitaus größten Theil reformirt ist.“

Die „Hess. W. Z.“ meldet dazu:

„Etwa 30 Geistliche der Eilmarschen Partei sollen, wie das Organ derselben, die „Hess. Volksz.“, versichert, in Guntershausen beschloffen haben, sie würden eher „Nicht und Existenz“ aufgeben, als an der vorgelegten Synodalverfassung sich betheiligen. Man wird ja sehen, ob die Herren Stand halten, wenn man sie beim Worte nimmt.“

— Nach der „Hamb. Reform“ ist das kriegsgerichtliche Erkenntnis in der Untersuchungssache wegen des in Wandsbeck im „Schwarzen Bären“ verübten Erzeses publiziert. Sieben betheiligte Ulanen sind zu 3 bis 6 Monaten Festung verurtheilt und bereits nach Magdeburg abgeführt.

Thorn, 16. August. Die in voriger Woche hier versammelte Kreissynode hat mit allen gegen eine Stimme sich gegen die Beibehaltung der Bestimmung, daß bei der Wahl zum Gemeindefürsorge die selben auf eine der beiden vom Kirchenrathe vorgeschlagenen Personen fallen müsse, vielmehr für die freie Wahl durch die Gemeinde ausgesprochen. (D. Z.)

Koblenz, 19. August. (Tel.) Der König und die Königin von Belgien haben gestern Abend Koblenz wieder verlassen und wurden von der Königin nach dem Bahnhof geleitet. Heute wurde der Herzog von Sino von S. Maj. der Königin empfangen.

Homburg, 19. August. (Tel.) Der König der Belgier traf Mittags 1 Uhr von Koblenz hier ein und wurde vom Könige Wilhelm auf dem Bahnhof empfangen und nach dem Schloß geleitet, woselbst ein Dejeuner eingenommen wurde. Um 3½ Uhr reiste der König Leopold wieder ab. Vor der Abreise desselben erfolgte noch die Ankunft des Prinzen Albrecht von Preußen.

Düsseldorf, 17. August. Seit 1852 wurden hier unter dem Schutze einer hohen Dame durch die Bemühungen der Gesellschaft zahlreiche Klöster gegründet; es würde vielleicht wenig gegen dieselben zu erinnern sein, wenn sich die Insassen nur mit ihren inneren Angelegenheiten beschäftigt hätten. Ein sehr trauriges Zeichen der Zeit war aber das Eingreifen derselben in die Erziehung der Kinder in den Elementarschulen! Während der Amtstätigkeit des Hrn. Oberbürgermeisters Dammers ist der Schulunterricht der Mädchen in den Gemeinde-Elementarschulen größtentheils den Nonnen übergeben worden. Zur Ermöglichung dieser Anstellungen sind 3. und 4klassige Elementarschulen in 2klassige verändert. Das ganze Schulwesen leidet ungemein unter dieser Veränderung, indem sich in der 2. Klasse Kinder von 6 und von 13 (?) Jahren vereinigen finden, also ein methodischer geordneter Unterricht zur Unmöglichkeit wird. — Was die Kinder bei den Nonnen lernen, besteht mehr in Beten als in Kenntnissen; hört man aber erst von den Strafen, so glaubt man sich ins Mittelalter versetzt: „Allgemeines Gebet zur Beförderung einer Schülerin; Einspernung in die Zödenkammer des weit von der Schule gelegenen Klosters etc.“ Wenn auch das Volk eine derartige Kindererziehung, wie so manches andere über sich hat ergehen lassen, so ist es doch des ungeheuren Rückschritts wohl bewußt, und dieses Bewußtsein des schädlichen Eingreifens der Klöster in weltliche Angelegenheiten, namentlich in den Unterricht der Kinder, hat hauptsächlich den Haß gegen die Klöster hervorgerufen, welcher sich nach der Gefährdung im Dominikanerkloster allgemein im Volke kund giebt. Die hiesige Gemeindevertretung hat die dringende Veranlassung, unsern Schulwesen seine Aufmerksamkeit zu widmen und dahin zu wirken, daß die Nonnen aus den Gemeinde-Elementarschulen entfernt werden. In andern Städten sind die Verhältnisse, den geistlichen Orden die Schule zu überliefern, standhaft zurückgewiesen worden; auffallend bleibt es, daß die hiesige Regierung als Aufsichtsbehörde dem Gange der Dinge bei uns so lange ruhig zugehört hat. (Rh. Z.)

Aus Dresden, 16. Aug., schreibt die „Konst. Z.“:

Hinsichtlich der mehrerwähnten Klosterangelegenheit freuen wir uns, mittheilen zu können, daß derselben sowohl das k. Kultusministerium als die k. Generalstaatsanwaltschaft eine dankenswerthe Aufmerksamkeit zuwenden. Nur ist ein Eingreifen um deswillen schwierig, weil auch die sächsischen Klöster direkt unter dem Papste stehen, welcher seine Gewalt durch den Propst des Zisterzienserlosters in Silesien ausüben läßt. Ohne dessen Zustimmung ist nicht einmal dem hiesigen Bischof (!) geschweige denn einer weltlichen Behörde der Zutritt gestattet! Indem wir uns eine weitere Beleuchtung dieser „Kaufser Sonderbarkeit“ vorbehalten, bemerken wir zugleich, daß der König (nach der „Deutsch. Allg. Z.“) bei seiner demalstigen Reise durch die Lausitz zwar das Kloster Marienthal, nicht aber auch Marienstern mit seinem Besuche beehrt hat und daß es wohl nahe liegt, darin eine wohlwollende Hintanhaltung zu erblicken. Letzteres geht aus der Mittheilung eines in Böhmen erscheinenden Blattes hervor, daß unsere Nachricht in der Hauptstadt begründet ist. Die Nonne heißt Dionisia Katharina Grund, ist in Böhmisch-Schlackenwerth am 21. März 1810 geboren, am 15. November 1835 eingekleidet worden und hat am 29. April 1838 die Klostergeübte abgelegt. Auch der bald darauf eingetretene Irrsinn wird zugegeben, nur wird er nicht der von uns erzählten Behandlung, sondern — einem tollen Hunde beigegeben, der — ihre Mutter vor der Geburt jener Tochter gebissen haben soll, wonach also nicht bei der Mutter, sondern etwa 30 Jahre später bei der Tochter die Tollwuth ausgebrochen wäre! Das Parterrezimmer nach dem Garten hinaus sei ihr angewiesen worden, „um stets frische, reine Luft zu haben“ und in ein Strehhaus habe man sie nicht gebracht, weil dies das abgelegte Klostergeübte nicht gestatte.

Dessau. Nachdem die fürstlich Lippe'sche Regierung dem Antrag der Stände auf Dessenlichkeit ihrer Verhandlungen zugestimmt und denselben zum Gesetz erhoben hat, ist in den Kreisen der anhaltischen Landtagsabgeordneten die Frage lebhaft ventilirt worden, ob es nicht Zeit sei, einen gleichen Antrag bei dem anhaltischen Landtage einzubringen. Da man sich überzeugt hat, daß die Regierung keinerlei Einwände gegen einen solchen haben dürfte, so steht die Einbringung desselben bevor.

De s t e r r e i c h.

Wien, 18. August. Die „N. Fr. Pr.“ veröffentlicht heute die von uns gestern im Auszuge gebrachte Depesche des Grafen Beust an den Freiherrn v. Münnich, Stellvertreter des österreichischen Gesandten in Berlin, und kommentirt sie folgendermaßen:

Die Antwort vermeidet alle Schroffheiten in der Reform, weist aber in der Sache selbst die preussischen Interpolationen über angebliche Aeußerungen in den Ausdrücken der Delegationen zurück. Die Depesche, welche reich an feinen Wendungen ist, zeichnet sich durch Urbanität des Ausdrucks in vortheilhafter Weise vor dem preussischen Dokumente, durch welches es hervorgerufen wurde, aus und wird, wir sind davon überzeugt, auf die öffentliche Meinung in Europa den günstigsten Eindruck machen. Die Depesche vom 4. August wurde dem Grafen Beust kurz vor den Plenarsitzungen der Delegationen übergeben. Daß derselbe gleichwohl seinen Standpunkt in den Delegationen mit Entschiedenheit wahrte, beweist, daß man in Wien sich nicht einschüchtern ließ, wie andererseits die nun vorliegende maßvolle und ruhige Beust'sche Antwort zeigt, daß er sich nicht reizen ließ.

— Der Fürstbischof von Görz hat am 24. Juli d. J. das tertiäre Priorschreiben erlassen, in welchem dieser Kirchenfürst in diametraler Gegensatz zu anderen Mitgliedern des Episcopats seinem Disziplinarkreis den Eintritt in den Landesjurath gestattet und hierbei einen Geist der Verlässlichkeit entwickelt, der andern Kirchenfürsten mit Zug und Recht als Muster hingestellt wäre und das auf den Widerstand, den man den Staatsgesetzen von anderer geistlicher Seite entgegenstellt und mit den Geboten der Kirche motivirt, das richtige Licht wirft. — Das Tiroler Oberlandesgericht hat den Anklagebeschluß des Landesgerichtes gegen Hrn. Professor Greuter in allen Punkten bestätigt. Die Anklage lautet auf Verbrechen der Majestätsbeleidigung und Störung der inneren Ruhe. Die Verhandlung findet bei geschlossenen Thüren statt.

— Das Oberlandesgericht in Krakau hat in Sachen der angeklagten Priorin der Karmeliterinnen und deren Stellvertreterinnen, wie auch des Priors der Karmeliter, Vater Kozubski, den Beschluß des Landesgerichtes seinem ganzen Inhalte nach bestätigt. Demnach fand auch die höhere Instanz den objektiven Thatbestand des Verbrechens der öffentlichen Gewaltthätigkeit konstatirt und es wird nun in dieser Richtung gegen die beiden Nonnen die Spezialuntersuchung eingeleitet werden. Hinsichtlich des mit angeklagten Vater Kozubski wurde durch Bestätigung des landesgerichtlichen Beschlusses auf Freilassung desselben dem Recurse der Oberstaatsanwaltschaft keine Folge gegeben und es wird somit der Prior aus der Haft entlassen werden. — Unter dem Titel „Polen“ wird vom 1. Okt. d. J. angefangen, in Lemberg ein großes polnisches Journal erscheinen. Dasselbe wird ein Parteiblatt der Verfassungsfreunde Galiziens sein. Eigentümer und Herausgeber soll, wie es heißt, Hr. Dr. Ziemiałowski sein.

Krakau, 12. August. Die Krakauer Klöster berührt im gegenwärtigen Augenblick noch eine andere für sie fast wichtigere Frage als die der Barbara Ubrgt. Die Klöster sowie das Domkapitel in Krakau besitzen nämlich im Königreich Polen bedeutende Güter und Liegenschaften, welche für einige Klöster die Hauptquelle ihres Besehens sind. Die russische Regierung, welche jene Klostergüter schon längere Zeit mit Sequester belegt, ist indeß bezüglich der Regelung dieser Angelegenheit mit dem österreichischen Kabinet in Verhandlung getreten, die von dem in Warschau delegirten österreichischen Finanzbeamten Schlachetkowski geleitet wird. Bemerkenswerth ist dabei, daß in der Voraussicht, die russische Regierung werde schließlich die sequestrirten Einnahmen jener Güter und Liegenschaften den Klöstern ausfolgen, oder diesen doch sonst eine Entschädigung leisten, die Wiener Regierung sich herbeigelassen, den Klöstern Vorschüsse zu gewähren, die nach der Aufhebung des von Rußland verhängten Sequesters getilgt werden sollten. Nach einem jüngst in Krakau angelangten Berichte des Finanzbeamten Schlachetkowski will indeß die russische Regierung zu einer Zahlung sich nicht herbeilassen, und es entsteht somit die Frage, auf welche Weise man in Wien zu dem den Klöstern vorgedachten Erlöse gelangen will? — Die Einstellung jener bisher den Klöstern regelmäßig geleisteten Vorschüsse würde das Bestehen mehrerer in Krakau befindlichen Orden sofort in Frage stellen.

Dorozsma (Ungarn). Unser Magistrat strift! Das Stadthaus steht seit einigen Tagen buchstäblich leer; das heißt, alle Beamten haben ihre Aemter verlassen, der Magistrat hat sich aufgelöst, die Stadtrepräsentanz verammelt sich nicht, und so ist Dorozsma vollständig ohne Behörde. Ursache dieses paradoxen Zustandes ist ein Prozeß gegen den städtischen Oberrichter. Die Beamten hatten um die Anordnung einer Untersuchung gegen diesen gegeben, weil aber ihr Gesuch erfolglos geblieben war, so hatten sie lieber ihre Stellen niedergelegt, als daß sie länger mit ihm zusammen dienen sollten.

F r a n k r e i c h.

Paris, 16. August. Ueber den weiteren Verlauf des gestrigen Napoleonstages schreibt man der „R. Z.“:

Das gestrige Nachfest verlief ebenfalls ohne alle Störung, und wenn es nicht gegen 11 Uhr Abends bei einem der Restaurants des Palais Royal zu einem ziemlich heftigen Brand, der bis 1 Uhr dauerte, gekommen wäre, so würde der Tag oder vielmehr die Nacht wohl ganz ohne Unglücksfall dahingegangen sein. Die Menge, die sich auf den Hauptplätzen, im Tuilerieengarten, auf dem Place de la Concorde, in den Champs de Mars, auf der Esplanade der Invaliden, an der Barriere du Trone (Faubourg St. Antoine) eingefunden, war nicht so ungeheuer, wie in den früheren Jahren. Es mag sein, daß der gewaltige Raum, auf welchem dieses Jahr die Festlichkeiten

stattfanden, die Menge geringer erscheinen ließ, jedenfalls ward aber nirgends das geringste Gedränge und man konnte sich, selbst als das Feuerwerk abgebrannt wurde, überall frei bewegen. Die Haltung der Menge war eine äußerst ruhige. Man hörte nur selten ein Witzwort, noch seltener wurde gejubelt und geschrien, und die Pariser Gaitins, die sich sonst bei solcher Gelegenheit immer hervorthun, schienen ihre gewöhnliche Heiterkeit verloren zu haben. Hochs auf den Kaiser wurden nirgends ausgebracht. Letztes Jahr hörte man noch hier und da ein „Vive l'Empereur“, gestern Abend aber kam mir dieser Ruf auch nicht ein einziges Mal zu Ohren, obgleich ich mich bis spät in die Nacht überall herumtrieb. Für einen, der an das Krufen, das Schreien, das Zauchzen, kurz, das ganze Treiben der Pariser Volksmassen gewohnt ist, machte diese neue Haltung derselben einen eigenthümlichen Eindruck, und man war fast geneigt, zu glauben, daß die letzten Ereignisse, die neue innere Politik, die sich vorbereitet, das Dunkel, welches noch über der nächsten Zukunft des Landes liegt, die sonst so leichtsinnigen Bewohner der Seinestadt plötzlich ernster gestimmt haben. Wie dem nun auch sein mag, das Fest war glänzend, wenn auch die Verzierung der langen Allee der Champs Elysees bis zum Triumphbogen, die nur aus zwei Gairoladen von weißen Glaslampen bestand, etwas Einörmiges und Langweiliges hatte. Der Triumphbogen selbst, bis zu dessen Füße sich die zwei langen Reihen von Gaslampen hinzogen, bot einen großartigen Anblick dar. Unter einer immensen feurigen Krone erglänzte der Name Napoleon. Die Spitze selbst war mit drei Reihen farbiger Lampen von verschiedenen Formen eingefast, welche sich um so effektvoller machten, als der übrige Theil dieser ungeheuren Steinmasse in tiefem Dunkel lag. Außerst glanzvoll war das Invaliden-Hotel erleuchtet. Vier Reihen Gaslampen, die längs den Gesimsen hinliefen, warfen einen so hellen Glanz auf das ganze ungeheure Gebäude, daß es in einem Feuermeer zu stehen schien. Ueber dem Haupteingange schwebte ein mächtiger Adler und darunter ein kolossales „Vive l'Empereur“, das jedoch unter der Menge, wie gesagt, nirgends ein Echo fand. Den Glanzpunkt des Festes bildete dieses Mal das Feuerwerk, welches auf dem Trocadero, wo sich die große feinerne Treppe befindet, abgebrannt wurde. Der Trocadero liegt bekanntlich dem Marsfelde gegenüber, wo vor zwei Jahren die Weltausstellung stattfand. Der Trocadero, für den bekanntlich Herr Haumann 20 Millionen verschwendete, hat noch immer das trostlose Aussehen, d. h. derselbe ist noch ebenso häßlich, wie vor zwei Jahren, und es wird jedenfalls noch lange dauern, bis sich die Pariser dazu verleiten lassen, sich in diesem abgelegenen Viertel anzusiedeln. Dagegen bildete das gestrige Marsfeld mit dem von damals einen höchst seltsamen Kontrast. Der weite, ungeheure Raum, auf dem sich 1867 die ganze Industrie der Welt ein Stellchen gegeben, auf dem eine kleine, so zu sagen allen Nationalitäten angehörende Stadt hervorgezaubert worden war, die ihre Parks, ihren Gärten, ihre Leuchttürme, Kirchen, Schulen, Theater, kurz Alles, was man wünschen kann, hatte, bot gestern wieder den wüsten Anblick eines sandigen Exercierplatzes dar. Die Kaffeehäuser, Bierbrauereien, die Buden mit den Gegenständen, welche man auf allen Jahrmärkten feil hält, die Volkstheater und Schaubuden mit ihrer herz- und ohrenzerreißenden Musik, welche in den Alleen, die zu beiden Seiten des Marsfeldes herlaufen, aufgestellt waren, machten den ganzen Anblick noch widerwärtiger, da man unwillkürlich an den prächtigen, eleganten und reizenden Anblick, den das Ganze gerade vor zwei Jahren bot, denken mußte. Das Feuerwerk entschädigte einigermaßen die, welche den langen Weg nach dem Marsfelde gemacht hatten. Es war viel besser, als das vom letzten Jahre, aber doch nicht so grandios, als man nach dem Lob, welches davon im voraus verbreitet worden, hätte glauben sollen. Nach dem Feuerwerk verließ sich die Menge nach und nach. Die Polizei trat überall sehr nachsichtig auf. Sie ging so weit, daß sie gestattete, daß sich die Leute auf den Plätzen des Rond Point der Champs Elysees lagerten und sich dort Erfrischungen aus den nachliegenden Kaffeehäusern kommen ließen. Ging es in Paris nicht lustig zu, so herrschte im Lager von Chalons auch gerade keine große Heiterkeit. Der Empfang, welcher dort dem kaiserlichen Prinzen wurde, war nämlich gerade kein sehr begeisterter. Man behauptet sogar, er sei etwas kalt empfangen worden, was jedoch wohl daher kommen mag, daß die Truppen des Kaisers erwartet hatten und es ihnen auch wohl merkwürdig vorkam, daß er sich von seinem so jungen Sohne repräsentiren lasse. Seinen Einzug ins Lager hielt der kaiserliche Prinz zu Pferde. Er ritt an der Spitze des Stabes, General Bourbetti, der Oberkommandant des Lagers, befand sich an seiner Rechten. Der Prinz stieg in seinem Pavillon ab, der sich neben dem des Kaisers und der Kaiserin, welcher geschlossen war, befand. Zur Tafel des Prinzen waren 25 Personen gezogen. Um 8 Uhr war großer Zapfenstreich. Gestern war zuerst Messe und dann Reue, die erste, welche der kaiserliche Prinz abhielt, und wobei er die Belohnungen an die Soldaten austheilte. Man sagt bis jetzt nicht, daß der Prinz bei dieser Gelegenheit auch eine Rede hielt. Doch genug über die Feier des hundertjährigen Geburtstages des Gründers, die jedenfalls weder in Paris noch in Chalons mit freudigen Gefühlen und begeisterten Rufen begangen wurde.

— Das Amnestiedekret des Kaisers hat (dem „S. Korresp. d. Köln. Zeit.“ zufolge, dessen Ausführungen aber mit Vorsicht aufzunehmen sind, da er offiziellen Inspirationen zugänglich ist), überall, selbst in oppositionellen Kreisen, einen überraschend guten Eindruck gemacht. Nur einige „Unversöhnliche“ wollen von einem Gnadenakte nichts wissen, welcher von einer in Napoleon III. personifizirten Regierungsgewalt ausgeht. Depeschen aus St. Etienne, Marseille, Lille und Caen bezeugen, daß die betheiligten Provinzbevölkerungen gleichfalls hoch erfreut waren über die großherzige Verfügung des Kaisers, der durch dieselbe gewissermaßen darthun wollte, daß er sich trotz alledem und alledem noch immer stark genug fühle, den ansturmenden „irréconcilables“ zu widerstehen. Freilich ist die Sache nicht ohne langes Schwanken vor sich gegangen. Das Kabinet war getheilt. Rouher und Boreade de la Moquette wollten anfänglich gar nichts von der Amnestie, später nur von einem beschränkten Straferlaß wissen. Es war ihnen sogar gelungen, dem Kaiser gewisse Schwierigkeiten als unübersteiglich darzustellen. So wandten sie namentlich ein, daß es nicht gelingen werde, die richterlichen Beamten davon zu überzeugen, man wolle sie durch eine derartige Maßnahme nicht desavouiren — wogegen Chasseloup-Laubat, Magne und Schneider vom rein politischen Gesichtspunkte aus Alles einsetzten, um dem Kaiser die Ueberzeugung von der Nützlichkeit dieses Amnestieerlasses beizubringen. Dennoch war bis Freitag am Hofe noch nichts entschieden. Der Tod des Marschalls Niel mochte den Kaiser etwas weicher als sonst gestimmt haben. Dazu kam, daß Fürst Ratour d'Auvergne, der vermög seiner feinen Manieren und seiner klaren Verbindungen namentlich bei der Kaiserin sehr wohl gelitten ist, sich gleichfalls in sehr entschiedener Weise zu Gunsten der Gnadenmaßnahme aussprach und persönlich in den Kaiser drang, seinen großherzigen Regungen nachzugeben. — Ueber den Nachfolger des Marschalls Niel scheint etwas Endgültiges noch nicht festgestellt zu sein. Wie es scheint, kommen nur Divisionsgenerale, nicht aber irgend einer der Marschälle für die Befestigung des Pöfens in Frage. Neben den Generalen Castelnau und Leboeuf, die noch immer in erster Reihe genannt werden, nennt man noch als nicht ausschließliche Kandidaten den General Fleury und den General Lebrun. Letzterer ist nur in der Armee gekannt, gilt aber in ihr als der vorzüglichste Taktiker, als der „französische Moltke“, wie man ihn schon mehrmals bezeichnete. Er ist Chef des Generalstabes der Garde und wurde f. B. häufig vom Kaiser zu Rathe gezogen, als es sich, wie in den Tagen der Luxemburger Angelegenheiten, darum handelte, allerdings strategische Pläne für einen eventuellen Feldzug in Deutschland aufzustellen. Schließlich dürfte wohl derjenige der Kandidaten den Sieg davontragen, von dem man sich der besten rednerischen Erfolge vor der Kammer und der Budgetkommission versichern kann.

Paris, 18. August. Das „Journal officiel“ veröffentlicht einen Nekrolog des Kriegsministers, der bemerkenswerth ist durch die Hervorhebung seiner Verdienste um die neue Organisation der Armee. — Die Arbeiten der Senatskommission ziehen sich in die Länge. Die nächste Senatssitzung wird unter keinen Umständen vor dem 24. oder 25. stattfinden und die Diskussion über die Reformen nicht vor dem 1. Sept. beginnen. Da die Session der Generalräthe nicht vertagt worden ist, so werden die Senatoren, welche zugleich Mitglieder dieser Räte sind, der ersten Sitzung derselben nicht anwohnen können. — In seinem Bericht über das Nationalfest stellt das „Journ. off.“, nachdem es konstatiert hat, daß überall ununterbrochen die vollkommene Ordnung herrschte, der Bevölkerung von Paris das Zeugniß aus, daß sie „an diesem schönen Tage einen neuen Beweis ihrer hingebungsvollen Gefinnungen für den Kaiser ge-

geben habe." Das amtliche Blatt meldet ferner, daß der Hausminister des Kaisers am 100jährigen Geburtstage Napoleons I. mehr als 30,000 Patente an vormalige Unteroffiziere und Soldaten der Armee der Republik und des Kaiserreichs ausgegeben hat, worauf diese gemäß dem Geſetze vom 5. Mai 1869 eine Pension von 250 Fr. erhalten. — Im Lager von Chalons wurde am 16. d. folgende telegraphische Depesche angeschlagen:

Ich hatte gewünscht, den 15. August inmitten der großen militärischen Familie zubringen zu können. Da ich mich nicht dorthin begeben konnte, so habe ich mich durch meinen Sohn ersetzen lassen wollen und diesen beauftragt, die Belohnungen zu verteilen. Ich danke der Armee für den Empfang, den sie ihm zu Theil hat werden lassen, und für die Wünsche, die sie mir an meinem Festtage zugefendet. Ich habe übrigens die Absicht, vor der Aufhebung des Lagers nach Chalons zu kommen.

Napoleon.

Der Kaiser präsidirte heute Vormittag einem Ministerrath. — "Liberté" theilt mit, daß der Kaiser, mit dessen Befinden es fortwährend besser geht, sich am 25. nach Chalons begeben, und daß die Kaiserin an demselben Tage nach Lyon abreisen wird.

Paris, 19. August. (Tel.) Sämmtliche Journale konstatiren, daß eine erhebliche Besserung im Befinden des Kaisers eingetreten ist. Es bestätigt sich, daß der Kaiser noch vor Ende August sich nach Chalons begeben wird; die Abreise der Kaiserin ist auf den 24. festgesetzt. — Der Appellhof hat in Sachen der "Société immobilière" folgendes Urtheil ergeben lassen: Der Appellhof erklärt, daß das Handelstribunal zur Entscheidung des Prozesses nicht kompetent war, daß das von diesem Gerichtshof erlassene, die Auflösung der Gesellschaft aussprechende Erkenntnis auf, erklärt, daß vor der Hand kein Anlaß vorliege, die Auflösung auszusprechen und weist die Aktionäre mit ihren Forderungen zurück. — Nach hierher gelangten Meldungen aus Kairo wird bei der Einweihung des Suezkanals kein europäischer Souverän in Person zugegen sein. Das Einvernehmen sämtlicher Großmächte in der türkisch-egyptischen Frage, welches sich sowohl in Konstantinopel wie in Kairo mit Entschiedenheit gegen jede Störung des Friedens geltend machte, hat nicht verfehlt, die Beilegung der schwebenden Differenz zu beschleunigen.

Die Beilegung der Leiche des Marschalls Niel hat vorgestern in programmatischer Feier stattgefunden. Der Kaiser ließ sich durch die Senatoren Herzog von Cambaceres, Obereremonienmeister, und Fürst de la Moskowa, Divisionsgeneral, vertreten. Die Leiche wurde einmündel im Dom der Invaliden beigesetzt, von wo sie auf der Orleansbahn nach dem Familienbegräbnis in Muret (Haute-Garonne) befördert werden soll.

Spanien.

Madrid, 17. August. Das Rundschreiben des Ministers Zorrilla an die spanischen Bischöfe ist der "Korrespondencia" zufolge bereits von mehreren Prälaten beantwortet worden, unter denen sich der Erzbischof von Toledo, die Bischöfe von Cordova und Ruenga befinden. Die Antwort des Bischofs von Cordova sei in den befriedigendsten Ausdrücken abgefaßt. Der Bischof von Ruenga hat der "Epoca" zufolge erklärt, daß in seinem Sprengel Niemand seiner Pflicht fehlen könne, und daß es nicht nötig sei, zu geistlichen Strafen seine Zuflucht zu nehmen; er fügt hinzu, daß er seinen Hirtenbrief unverzüglich veröffentlicht und ein Exemplar davon ans Ministerium einsenden werde. — In Burgos dauern die Verhaftungen fort. In der Nacht vom 11. zum 12. sind dort 12 Geistliche ins Gefängnis gebracht worden, welche sich an die Spitze von karlistischen Banden zu stellen beabsichtigten. Um ihre leichtgläubigen Pfarrkinder zu täuschen, hatten sie diesen erzählt, alle Kirchen Madrids und der größeren Städte Spaniens ständen in Flammen; die Liberalen wollten auch alle Dorfkirchen dem Feuer überantworten; Gott, die Jungfrau und die Heiligen machten es allen Gläubigen zur Pflicht, zu den Waffen zu greifen, um solche Frevel zu verhindern. — Es ist jetzt konstatiert, daß ein Spezialbefehl des Kriegsministers, an alle Generalkapitäne, Militär- und Zivilgouverneure gerichtet, existirt, welcher dieselben ermächtigt, auf der Stelle und ohne jedes gerichtliche Verfahren jedes mit den Waffen in der Hand betroffene Individuum, auch wenn dasselbe auf der Flucht die Waffen wegwerfen haben sollte, zu erschießen. Die republikanische Partei hat gegen diese ohne Urtheilspruch vollstreckten Erschießungen protestirt und den Vizepräsidenten Rivero beauftragt, von diesem Protest dem Ministerpräsidenten Mittheilung zu machen. Rivero ist übrigens zum Generalkommandanten aller Freiwilligen der Freiheit in ganz Spanien ernannt worden; er wird sein Amt als Bürgermeister Madrids und seine Stellung als Präsident der Cortes beibehalten.

Madrid, 19. August. (Tel.) Die amtliche "Gaceta" meldet: Die Bande des Karlistenchefs Polo, durch die Truppen in die Ebene gedrängt, ist geschlagen und zersprengt worden. Polo selbst wurde gefangen genommen. Zahlreiche Insurgenten unterwerfen sich.

Großbritannien und Irland.

London, 17. August. Der Plan einen großartigen Verein zur Förderung des Volksschulwesens (a National Education League) ins Leben zu rufen, ist nicht nur seiner Verwirklichung nahe gerückt, sondern erweckt in allen Theilen des Landes und in den verschiedensten Schichten der Bevölkerung die lebhafteste Theilnahme. Die "R. Ztg." erhält darüber folgendes Nähere:

Zweck der neuen Liga ist nach ihren eigenen Worten: „die Einführung eines Systems, welches jedem Kinde in England und Wales seinen Schulunterricht sichern soll“, und wenn sie vorerst weder Schottland noch Irland in den Bereich ihrer Thätigkeit hineinzieht, so geschieht es lediglich in der Voraussetzung, daß in den beiden Königreichen ehestens getrennte Vereine zu gleichem Zwecke ins Leben treten und sich ihr anschließen werden. Aus dem vorliegenden Programm theile ich hier die Hauptpunkte mit, aus denen sich am einfachsten ergeben läßt, durch welche Forderungen die Liga ihr oben ausgesprochenes Ziel erreichen will. 1) Jede Gemeindebehörde soll von Gesetzes wegen verpflichtet sein, hinreichende Räume für den Schulunterricht aller ihrer Gemeindefinder zu beschaffen und zu unterhalten; 2) die Kosten für die Beschaffung und Erhaltung derselben sollen aus Gemeindegeldern und Staatszuschüssen bestritten werden; 3) alle diese Schulen werden von den Gemeinden verwaltet, stehen aber unter Oberaufsicht des Staates; 4) sie seien frei vom Religions-Unterrichtswange; 5) der Unterricht sei unentgeltlich; 6) es werde gesetzlicher Schulzwang eingeführt. Schon haben sich viele der besten Männer diesem Programm angeschlossen, das an Freisinnigkeit nichts zu wünschen übrig läßt, und es unterliegt keinem Zweifel, daß die Liga mit der Zeit eben so mächtig, einfluß- und erfolgreich sein wird, wie die früherer Jahre, zur Durchführung der großen Reformbill und zur Abschaffung der Kronzölle. — Nicht minder lebhaft wird jetzt schon die Erörterung der irischen Landfrage in den verschiedensten Einzelheiten betrieben. Daß die Regierung sie nur deshalb in die Hand nehmen werde, weil sie in der irischen Kirchenbill sich zu einem Kompromiß gezwungen sah und an Popularität eingebüßt habe, ist eine höchst willkürliche Behauptung. Der Kompromiß mit dem Oberhause hat ihre Popularität auch nicht um den geringsten Bruchtheil vermindert, von ange-

gebenen Spaltungen im Kabinet ist nicht ein Wort wahr, und Reformen der irischen Bodenbesitzer standen von Anfang an auf dem Programme der Regierung, gerade so wie die irische Kirchenbill und die Erziehungsfrage. Es muß aber Eins nach dem Andern in die Hand genommen werden, da England sich im Stadium der geistlichen Reform, nicht in dem gewaltthätigen Revolution befindet, somit überkommene Rechte nicht gewaltthätig wegdestruiren kann und — setzen wir gleich hinzu: auch nicht will.

Das aufgefundenste Tagebuch des verstorbenen Lord Palmerston hat sich als sehr werthvoll ausgewiesen, bietet aber doch nicht das Interesse, welches man zuerst von der Entdeckung erwartete, denn die interessanteste Periode seines Lebens — die letzten fünfundsiebzig Jahre — fehlt gänzlich. Mit 1830 schließt dasselbe und nirgendwo unter den Papieren des verstorbenen Premiers hat man Aufzeichnungen, welche über 1830 hinausreichen. Aber, wie gesagt, das Tagebuch ist immerhin sehr werthvoll. Unter Anderem erklärt es auch theilweise, weshalb Palmerston so lange Kriegsminister blieb. Es geschah dies nicht wegen Mangel an Anerbietungen für höhere Posten. Zweimal lehnte er den Generalgouverneursposten für Indien ab, und als er unter Canning gewillt war, das Finanzministerium zu übernehmen, ging ihm ein anderer Strich durch die Rechnung. Georg IV. glaubte nämlich in Mr. Perries einen besseren Schatzkanzler gefunden zu haben, und Mr. Canning sah sich nach einem Besuche in Windsor genöthigt, sich bei Lord Palmerston zu entschuldigen und ihm als Entschädigung eine Pairie und den Gouverneursposten in Jamaica anzubieten. Dieser nahm die Entschuldigung mit gutem Humor an, sagte Canning unter Andern, er sehe sehr wohl, daß das Schatzkanzleramt nicht mehr disponibel sei, was ihn aber angehe, so ziehe er das Unterhaus den Aigern vor.

Rußland und Polen.

Kalisch, 16. August. Ein Dorfpfarrer, der an dem Tage des Jubiläums der Lubliner Union eine Trauermesse abhielt und durch seinen Organisten die Leute zu derselben hatte einladen lassen, ist deshalb zur Untersuchung gezogen worden. — Die Besatzung unserer Stadt ist bis auf die zum Wachtdienst nötigen Mannschaften ins Lager bei Warschau gerückt und wird, wie es heißt, nach den Lagerübungen nicht mehr hierher zurückkehren, sondern in Czestochowa und der Umgegend Garnison nehmen. Welche Truppen hierher in Garnison kommen werden, ist noch ungewiß. — Die Ferien für das hiesige Gymnasium gingen gestern zu Ende und hat heut der Unterricht wieder begonnen. In den russischen Gouvernements dauern die Ferien vom 20. Juni bis zum 15. September, also gegen 3 Monate. Wenn man die 52 Sonntage und 21 kirchlichen und Gallafeiertage der übrigen neun Monate hinzunimmt und die Ferien zu Weihnachten, Fastnacht, Ostern und Pfingsten mit zusammen 40 Tagen berechnet, so gehen von 277 Tagen noch 100 Tage ab, und es bleiben also im Ganzen und ohne Abrechnung der freien Nachmittage an den Mittwochen und Sonnabenden nur 177 Schultage fürs Jahr. — Der Bau der Eisenbahn Lodz-Kalisch zur preussischen Grenze, soll, wie man hört, zum Frühjahr 1871 erst beginnen, die Vorarbeiten aber schon im Herbst künftigen Jahres in Angriff genommen werden. Ob die Linie rechts oder links von Szegyporno nach der Grenze gehen wird, ist noch nicht festgestellt, im Interesse der russischen wie der preussischen Regierung liegt es, daß die Grenzpolizestablissements Szegyporno und Skalmierzycze von der Bahnlinie berührt werden oder doch wenigstens nahe derselben bleiben und benutzt werden können. — Jedenfalls wird man dies von preussischer Seite berücksichtigen und sich deshalb gegenseitig zu verständigen wissen.

Konin, 17. Aug. Wie bekannt, war bei der Theilung der Kreise die Klassenverwaltung bei den bisherigen Kreisräthen verblieben und mußten die Bewohner der kleineren Kreise in Kassengeschäften immer noch nach der früheren Kreisstadt — hier aus dem Superc und Koloer Kreise nach Konin — den weiten Weg machen. Jetzt werden, wie ich höre, auch die Kreisräthe getheilt und mit den abgezweigten Landrathsämtern vereinigt werden.

Riga, 12. August. Wie der "Köln. Ztg." geschrieben wird, hat die Russifikation wieder einen entscheidenden Schritt vorwärts gethan. Zwei höhere Verwaltungsposten, das Präsidium des Domänenhofes und die Postdirektion, sind durch Kreaturen der jungrossischen Demokratie besetzt worden, die mit Entschiedenheit im Sinne ihrer Partei und ohne Rücksicht auf das Landesrecht vorgehen. Der neue Präsident des Domänenhofes, Staatsrath Stange, ein verrückter Deutscher aus dem Innern des Reiches, hat seine Thätigkeit damit begonnen, vollständig russische Geschäftsführung und selbst mündliche Verhandlungen in russischer Sprache zu verlangen und drei der tüchtigsten Beamten dieser Behörde, die in russischer Sprache weder verhandeln wollten noch verhandeln konnten, sofort in brutalster Weise entlassen: den Domänenhofrath Seraphim und die Herren Büttner und Hellmann. Schon gegenwärtig sind die Angelegenheiten dieses Verwaltungszweiges in bodenlose Verwirrung gerathen; namentlich den komplizirten Forst- und Agrarsachen sind Herr Stange und die unwissenden russischen Schreiber, die er zu seinen Gehilfen gemacht, absolut nicht gewachsen. Der gleichzeitig eingetroffene Postdirektor Malowo ist ein Slawophile vom reinsten Wasser und hat den Versuch gemacht, gegen alles Gesetz ausschließlich, d. h. auch mit den ständischen Behörden, russisch zu korrespondiren; zunächst hat das Landraths-Kollegium, das vielfach mit dem Postwesen zu thun hat, diesem Vorgehen so energischen Widerstand entgegengeleitet, daß Herr Malowo wenigstens vorläufig nachgeben mußte. Die Hauptsache ist und bleibt aber immer die Russifikation des Domänenhofes, der wegen seines Einflusses auf die agrarischen Dinge von großer Wichtigkeit ist und dessen drei letzte Präsidenten Schafra-now, Vyssander und Stange, sich in Versuchen zur Auflösung der bestehenden Einrichtungen und zu Landvertheilungen an Konvertiten der griechischen Kirche überboten haben. Ihr Herr und Meister, der Domänenminister Selenny, gehört der radikalen Moskauer Partei an und arbeitet seit Jahren daran, den Generalgouverneur Albedinsky zu stürzen, indem er die ländlichen Zustände unterminirt.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 17. August. (Tel.) Die Antwort des Vizekönigs von Egypten auf die Beschwerden der Pforte ist gutem Vernehmen nach hieselbst eingetroffen. Man betrachtet dieselbe als völlig zufriedenstellend und sieht die schwebenden Differenzen als beseitigt an.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 20. August. Die "Kreuzzeitung" enthält folgenden Beitrag „zur polnischen Parteigruppierung“:

Nach den Berichten des Posener Korrespondenten des „Kraj“ fängt

auch im Großherzogthum Posen, ebenso wie in Galizien, die konservative polnische Partei an, sich von der Bevoormundung der demokratischen zu emanzipiren und im Gegensatz zu derselben ihre eigene, selbstständige Politik zu treiben. Bis her waren beide Parteien durch das Prinzip der nationalen Solidarität künstlich zusammengehalten und verfolgt bei den Wahlen und überhaupt bei allen öffentlichen Angelegenheiten mit Hintenangung der politischen Parteinteressen den gemeinsamen Zweck, die polnisch-nationalen Interessen gegenüber den vermeintlichen Angriffen der Deutschen sicherzustellen. Die konservative Partei hat nun bei Befolgung des Prinzips der nationalen Solidarität die traurige Erfahrung gemacht, daß sie von der „beweglichen und schlauerer demokratischen Partei“ nur als Werkzeug zur Förderung grundfährlicher Tendenzen benutzt wurde, und da sich immer mehr die Ueberzeugung in ihr befestigt, daß das mit der Revolution sich identifizirende Polenthum unrettbar verloren ist, so ist sie nur noch auf die Rettung des katholischen Bekenntnisses bedacht und erachtet es für ihre Pflicht, dem staats- und kirchengefährlichen Treiben der Demokratie mit vereinten Kräften entgegenzuwirken. — Nach dem Bericht des Posener Korrespondenten des „Kraj“, schaar die konservativen Elemente sich immer zahlreicher und fester um den Erzbischof von Posen, der sie zuerst aus ihrer lethargie ausgerüttelt habe, und erstreben unter Führung desselben ihre vollständige Organisation. Der Korrespondent erblickt in dem selbstständigen Auftreten der neu organisierten konservativen Partei eine große Gefahr für die vermeintlichen polnischen Nationalinteressen und spricht die Befürchtung aus, daß die gedachte Partei schon bei den nächsten Landtagswahlen (im Jahre 1870) in geschlossener Phalanx an die Wahlurne treten und ihren ganzen, sehr bedeutenden Einfluß aufbieten werde, um nur solche Männer zu Vertretern der polnischen Bevölkerung zu wählen, welche politisch loyal und der Kirche treu ergeben sind.

Es war für den aufmerksamen Beobachter und Kenner der Gesichte allerdings vorauszuſehen, daß, nachdem die Polen ihre Macht verloren haben, und wenig Aussicht vorhanden ist, dieselbe wieder zu gewinnen, der katholische Klerus, so sehr er auch in unserer Provinz mit der polnischen Nationalität verwachsen ist, nach dem Vorbilde und den Weisungen des Erzbischofs Hrn. Grafen Ledochowski es vorziehen wird, mit der mächtigen Regierung Preußens zu paktiren als mit den Polen, welche auch in materieller Beziehung vielfach heruntergekommen, der katholischen Kirche wenig mehr bieten können. Indessen so nahe wie der Korrespondent des „Kraj“ sich diese Eventualität vor die Augen rückt, scheint sie uns noch nicht zu sein. Die Mehrzahl der Klerikalen schwankt einseitigen noch zwischen nationalen, oft durch die Familienbände gefestigten Sympathien und der Aussicht auf kirchliche Vortheile, welche letztere aber wahrscheinlich den Sieg davontreiben wird. Einstweilen nun hält sich der Klerus, besonders der ländliche, noch zum Theil neutral. Wir haben das gesehen bei der am 25. Mai d. J. in Stadt und Kreis Posen stattgehabten Erziehung eines Abgeordneten für den Reichstag, bei welcher Gelegenheit sich die polnische Parteigruppierung noch so stark erwies, daß von 7531 Stimmen, welche die polnischen Wähler abgaben, 7378 auf den Grafen Dzialynski und nur 151 auf den vom hohen Klerus, den Grafen Mysielski und Cieszkowski und anderen Aristokraten begünstigten zweiten polnischen Kandidaten fielen. Indessen ist es möglich, daß der Ordensklerus, die Jesuiten, Karmeliten und Dominikaner, welcher mehr die kirchlichen Interessen im Auge hat als der weltliche, in Kurzem einen genügenden Anhang zusammenbringt, so daß bei der nächsten Wahl die klerikale Partei mit mehr Erfolg auftreten kann. Denn die Ordensbrüder vermehren sich — und das ist freilich ein theurer Preis, den die preussische Regierung gewährt, aber der römische Klerus war nie billig — in unserer Provinz immer mehr, sie bauen neue Klöster und entwickeln eine rastlose Thätigkeit, die um so wirksamer ist, als sie bei dem weiblichen Geschlecht, das bekanntlich bei den Polen keinen geringen politischen Einfluß ausübt, Gehör finden. Unter solchen Umständen sollte es uns nicht wundern, wenn über kurz oder lang in unserer Provinz, wo bisher die Parole fast immer lautete: „deutsch oder polnisch“, eine andere Parteigruppierung eintritt.

Vielleicht ereignete sich dann, was so vielfach von deutschen Liberalen als wünschenswerth geäußert wurde, daß eine polnische Mittelpartei, welche weder von den Feudalen und Klerikalen etwas wissen will, noch die nationalen Phantasereien der polnischen Demokratie theilt, sich von dem Gros der polnischen Bevölkerung lospräparirt und mit den deutschen Liberalen hie und da Kompromisse schließt. Die Elemente dazu sind in unserer Provinz, wie wir glauben, vorhanden; nur die strenge Parteidisziplin der Polen hat bis jetzt verhindert, sie in die Öffentlichkeit treten zu lassen. Von diesem Moment aber würde für unsere Provinz eine bessere Epoche datiren.

Personal-Chronik. Königl. Konsistorium der Provinz Posen. Der bisherige Kreisvikar Reinhold Heimann aus Falkenberg bei Schöndau ist zum zweiten Pfarrer der evangelischen Gemeinde von Krotoschin berufen und am 11. Juli c. in sein Amt eingeführt worden.

Katholische Pfarrstellen. Die nachbenannten Geistlichen haben auf die dabei angegebenen Pfarrstellen die kanonische Institution erhalten: a) der bisherige Amtsverweser Alexander Dydynski für Gutkowo, b) der bisherige Pfarrverweser Wladislaus Hemerling für Brzostowo, c) der bisherige Pfarrverweser Karl Weiß für Ryjomice, d) der bisherige Vikar Mathias Szafrański für Pantania, e) der bisherige Vikar Martin Wianicki für Barbo, f) der Geistliche Franz Szotkiewicz für Roznowo, Kr. Dobornik, g) der seitherige Pfarrverweser Wladislaus Szurminski für Donaborow, Kreis Schildberg, h) der seitherige Kommandant Richard Frank für Alt-Bozen, Kreis Kosten. — Nach dem Ableben des Probstes Dzierzynski ist die Administration der vakanten Probstei in Modrzy, Bzury Kirchentheile, dem Dekan Pawlowski zu Ruffowo cum facultate substituendi übertragen worden.

Königl. Appellationsgericht. Der Kreisrichter Wiebner in Rawicz ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Birnbaum versetzt, und demselben die Funktion der 2. Abtheilung übertragen. — Der Gerichtsassessor Geißel in Rogasen ist zum Kreisrichter bei dem Kreisgericht in Kempen ernannt. — Der Kreisrichter Rasel in Rogasen ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht in Krotoschin versetzt. — Der Gerichtsassessor Müller, bisher bei dem Kreisgericht in Bissa, ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Bromberg und zum Notar im Bezirk des Appellationsgerichts daselbst, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Poln. Krone, ernannt. — Der Kreisgerichtssekretär Braun bei dem Kreisgericht zu Wersitz ist mit Pension in den Ruhestand versetzt und ihm der Charakter als Kanzleirath Allerhöchstden verliehen worden. — Der Kreisrichter Meyer in Rokitten ist zum Rechtsanwalt und Notar mit Anweisung seines Wohnsitzes in Pleßien ernannt. — Der Kreisrichter Raschinski in Krotoschin ist zum Rechtsanwalt und Notar mit Anweisung seines Wohnsitzes in Gornik ernannt. — Der Kreisrichter Mylius in Wersitz ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht in Rogasen versetzt und demselben die Funktion als Dirigent der zweiten Abtheilung übertragen.

Schulchronik. Aus dem amtlichen Schulblatt für die Provinz Posen entnehmen wir Folgendes:

Ange stellt sind im Register des Bezirks Posen: 1) der Schullehrer D. Blum zu Jasutowo, Kr. Schroda, als Lehrer an der evang. Schule daselbst vom 1. Aug. c. (inter.). — 2) Der Lehrer Dlugosz zu Lubow, Kr. Adelnau, als Lehrer an der kath. Schule zu Ligota, Kr. Schildberg, vom 1. Okt. c. (inter.). — 3) Der Lehrer Dullin zu Krotoschin, Kr. Dobornik, als Lehrer an der dortigen kath. Schule (Def.). — 4) Der Schullehrer G. Eder zu Guminie, als Lehrer an der evang. Schule zu Polica, Kr. Kröben, vom 1. Sept. c. ab (inter.). — 5) Der Schullehrer (Fortsetzung in der Beilage.)

würde, in welchem sie schlafen, essen und ihre religiösen Übungen verrichten könnten. Die Einrichtung eines besonderen Zimmers lehnten die dirigierenden Damen ab, versprachen jedoch alles zu thun, daß die „Schwestern“ in ihren Religionsübungen nicht gehindert würden. Unter diesen Bedingungen traten denn die „Schwestern“ als Pflegerinnen ein. Sie unterzogen sich — und das muß eingeräumt werden — mit großer Sorgfalt dieser Mühe; allein als ihre erste und hauptsächlichste Aufgabe erkannten sie doch ihre Religionsübungen an und da sie diese in einer noch von Andersgläubigen bewohnten Anstalt nicht vollkommen zu thun vermochten, so wurden noch einige andere „Schwestern“ ihnen zur Aushilfe gegeben, so daß stets eine oder zwei der Schwestern, nachdem sie eine kurze Zeit die Kinderpflege übernommen, wieder in das Ursulinen-Institut gehen und dort ihren Gebetspflichten obliegen konnten. Jedes Mal weniger, das sie, durch die Kinderpflege behindert, den Tag über den Rosenkranz abbeteten, als ihnen auferlegt worden — sagten die „Schwestern“ — müßten sie beichten. Es ist leicht zu vermuten, daß durch diese permanente Abwechslung der Pflegerinnen die Pflanzlinge selbst in ihrer bisherigen Ordnung und Regelmäßigkeit gelitten. Thatsache ist es wenigstens, daß, während in der Zeit vom 15. April bis 15. Juni nur 10 Kinder starben, in der Zeit vom 15. Juni bis 15. August die Todesfälle sich bis auf 19, also fast das Doppelte steigerten. Bemerkenswert ist, daß die Schwestern sich bei jedem Todesfall mit der Bemerkung trösteten, daß es Gottes Wille sei, ja daß sie sich sogar freuten, daß der liebe Gott wieder ein neues Engelchen erhalten habe. Ein anderer Uebelstand war der, daß die „Schwestern“ — wie sie dies selbst erklärten — durchaus ungenügend und mit Widerwillen sich der Pflege unterzogen und dies nur thaten, weil es ihnen von ihrem Vorgesetzten — dem geistlichen Rath Müller — befohlen sei. Ganz entschieden aber weigerten sie sich den Anordnungen und den Befehlen, welche ihnen von den Vorstandsamen, wie auch von den beiden dirigierenden Damen Morgenstern und Seeger Folge zu leisten. Nur ihren Oberen und dem Arzte würden sie Folge leisten, sonst Niemand in der Anstalt. Dabei suchten die „Schwestern“ immer mehr das Heft der Leitung der Anstalt in Hände zu bekommen, obgleich sie doch nur für ihre Dienstleistungen von den dirigierenden Damen, resp. dem Komitee bezahlt wurden. Wenn Sie uns nicht die ganze Leitung der Anstalt überlassen“, — sagte die älteste der Schwestern zu Frau Morgenstern, — „so wird uns der Orden nicht in diesem Verhältnis belassen“. Ihr wurde bedeutet, daß dies niemals geschehen werde. — Als dieselbe Schwester sich einst bei dem Rath Müller darüber beschwerte, daß sie den dirigierenden beiden Damen Gehorsam leisten solle, erwiderte ihr dieser: „Ich glaube, daß es Ihnen schwer wird, unter dem Befehl von Juden stehen zu sollen (Frau Morgenstern ist Jüdin), allein wir haben schon längst danach gestrebt, ein solches Institut zu begründen und können hier auf eine gute Mutter zu einem solchen kommen; harten Sie nur noch aus.“ Unter solchen Umständen war ein ferneres Zusammenwirken der Vorstandsamen mit den „Schwestern“ nicht mehr möglich und am Sonntag wurde denn von den ersten der Schwestern bedeutet, daß sie wieder zu den Ursulinen zurückgehen sollten. Die Kinder sind jetzt wieder Kinderwärterinnen zur Pflege übergeben.

* B. K. B. Berlin, 19. August. Am Mittwoch Abend fand hier eine Beratung der Delegierten sämtlicher hiesiger Lehrer-Vereine — mit Ausschluß des Gymnasial-Lehrer-Vereins und des pädagogischen Vereins — statt, um über eine aus den hiesigen Lehrkreisen heraus zu veranlassende Humboldtfeier zu beraten. Nach längerer Debatte beschloß die Versammlung, eine Festsfeier, jedoch ohne Festessen, zu veranstalten, für welche zwei Vorträge in Aussicht genommen wurden, von denen der eine von einer wissenschaftlichen Kapazität, der andere von einem Lehrer gehalten werden soll. Die Vereine werden die Kosten dieser Festsfeier aus ihren Mitteln, je nach der Kopfzahl der Mitglieder tragen. Sodann beschloß die Versammlung, sich bei der Errichtung des Humboldtdenkmals gleichfalls zu beteiligen und zu diesem Behufe unter sämtlichen Lehrern Berlins eine Sammlung zu veranstalten. Die Festsetzung der Tage, an welchen die Feier stattfinden soll, wird dem geschäftsführenden Ausschuss überlassen.

* Berlin. Der „Spiegel“ entnehmen wir Folgendes: „Nachdem vom Hofgärtner Meier ein Plan für den Humboldtshain entworfen und die vorberatende Kommission sich damit einverstanden erklärt hat, ist nunmehr im Magistrat beschlossen, bei der Stadtverordnetenversammlung darauf anzutragen: 1) Daß am 14. September d. J. der erste Spatenstich zur Ausführung des Planes erfolgt. 2) Daß die Kosten der Ausführung im Betrage von ca. 70,000 Thlr. genehmigt und so verteilt werden, daß für jetzt nur 10,000 Thlr. zu bewilligen sind, um den ersten Angriff zu bewirken, daß 12,000 Thlr. auf den Etat pro 1870 gebracht werden, wodurch es möglich wird, den Theil des Parks vollständig zur Anlage zu bringen, der zwischen Eisenbahn und Grenzstraße liegt und etwa den dritten Theil des Ganzen ausmacht. Späteren Beschlüssen soll es vorbehalten bleiben, wann und in welchen Abtheilungen die übrigen Anlagen zur Ausführung gelangen sollen. In dem Theile, der sofort in Angriff genommen werden wird, findet sich auch ein Aufseherhaus und der Raum für den botanischen Garten, über dessen Anlagen noch Verhandlungen schweben. Da Humboldt sich auch viel mit der Geographie der Pflanzen beschäftigt hat, so soll besonders darauf gesehen werden, hier ausländische Bäume und Pflanzen hinzusetzen, so weit sie zur Akklimatisation geeignet sind. Im Uebrigen sind um den ganzen Park Baustellen frei gelassen, welche sicherlich einen hohen Werth erhalten werden, und den größten Theil der Anlagekosten decken werden. 3) Eine Deputation niederzulegen und derselben 1000 Thlr. zur Disposition zu stellen, welche ermächtigt wird, über die Feier am 14. September selbstständig ein Programm zu entwerfen und zur Ausführung zu bringen, weil keine Zeit mehr vorhanden ist, hierfür erst noch zeitraubende Beschlüsse zu fassen. Der Magistrat hat hierzu die Stadträte Dunder und Pöhl deputirt, und wird es der Stadtverordnetenversammlung anheingelassen, ebenfalls vier Mitglieder zu ernennen. Diese Deputation wird demnach auch zu bestimmen haben, inwieweit den Schülern eine Theilnahme und Mitwirkung zugesprochen werden kann.“

* Leipzig. Der akademische Prozeß gegen Stud. jur. E. Dawson hat ein schnelles Ende gefunden. Der Grund dieses Prozesses war eine Kritik eines unveröffentlichten Bescheides, die, von Dawson verfaßt, in der zu Leipzig erscheinenden und von Studiofiskus Maye redigirten „akademischen Zeitschrift“ stand. Zwar ist von kompetenter Seite eingeräumt worden, daß in dieser Kritik nichts Strafwürdiges enthalten sei, nichtsdestoweniger sind aber Verfasser und Redakteur wegen des eingeschlagenen Tones, sowie wegen Kritik des Bescheides einer vorgelegten Behörde mit dem Consilium abeundi bestraft worden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. W. W. in Posen.

Bekanntmachung.

Die Ausführung von Plasterarbeiten in und am Hofe zur St. Adalbert-Kaserne soll
Sonnabend den 21. August c.,
Vormittags 10 Uhr,
durch öffentliche Submissionen verbunden werden. Qualifizierte Unternehmer werden mit dem Bemerkten eingeladen, daß die Bedingungen und den Kostenanschlag in unserem Geschäftslokale, Wallstraße Nr. 1, zur Einsicht ausliegen. Später eingehende Offerten und Nachgebote bleiben unberücksichtigt.
Königliche Garnison-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Die Erneuerung des Delanstriches von 600 eisernen Bettstellen soll im Wege der öffentlichen Submission
Sonnabend d. 21. August c.,
Vormittags 10 Uhr,
an den Mindestfordernden verbunden werden. Versiegelte Offerten sind rechtzeitig einzureichen. Nachgebote und später eingehende Offerten werden nicht berücksichtigt. Die vor dem Termine zu unterzeichnenden Bedingungen liegen in unserem Geschäftslokale, Wallstraße 1, zur Einsicht aus.
Posen, den 18. August 1869.
Königliche Garnison-Verwaltung.

Obornit, den 18. August 1869.

Bekanntmachung.

Der Bau eines Gerüstes zur Reparatur des Daches und der Fenster der katholischen Kirche zu **Parkowo**, Kreises Obornit, veranschlagt auf 359 Thlr. 5 Sgr. baar, sowie 38 1/2 Pfandtag und 45 Spanntage, welche von den Eingeparrten in natura zu leisten sind, soll im Wege der öffentlichen Licititation an den Mindestfordernden ausgegeben werden.
Ich habe hierzu einen Termin auf
Donnerstag den 2. September c.,
Nachmittags 3 1/2 Uhr,
auf dem Probstei-Gehöfte zu Parkowo anberaumt und werden zu denselben Unternehmungslustige mit dem Bemerkten hierdurch eingeladen, daß Kostenanschlag und Licitationsbedingungen bis dahin während der Dienststunden in meinem Bureau eingesehen werden können.
Der königliche Landrath.

Bekanntmachung.

Die hiesige **Bürgermeister-Stelle**, verbunden mit einem jährlichen baaren Gehalte von 300 Thlr., ist vakant. — Befähigte, auch der polnischen Sprache kundige Bewerber haben sich, unter Einsendung ihrer Zeugnisse, bis zum 1. September c. bei uns zu melden.
Gollancz.
Der Magistrat.

Für die Hinterbliebenen der im Plauenschen Grunde Verunglückten sind bis jetzt eingegangen:

Von H. S. 3 Thlr., B. 3 Thlr., Dr. med. J. Samter 2 Thlr., Unge-
nannt 1 Thlr., ein sächsischer Eisenbahn-Thaler, von den Stämmgästen in
Krügel's Hotel de l'Europe in Gnesen gesammelt bis zum 19. d. Mts.
8 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf., D. M. 1 Thlr.

Weitere Beiträge nimmt entgegen

die Expedition der „Posener Zeitung“.

Angelommene Fremde

vom 20. August.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Rittergutsbesitzer v. Tressow aus Radowo, Obrist v. Schön aus Lissa, Frau Pelsch aus Bythin, Sängerin Frau Wagner und Sänger Ueberhorst aus Wien, Maurermeister Beyer und Schulte aus Benschen, die Kaufleute Brommholz aus Arnswalde, Brud und Diedemann aus Berlin, Graumann aus Leipzig, Roth aus Langensfeld und Strauß aus Würzburg.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Miss Taylor aus London, die Rittergutsbesitzer v. Kowalski aus Carbia, v. Sajczek aus Polen und Graf Winiński und Frau aus Czarnow.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Swinarski aus Debe, v. Radonski aus Glesboke, v. Gajstorowski aus Salachowo, v. Drzewski aus Startowice, v. Gargynski aus Polen und v. Latomicki und Frau aus Madcin.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer Handke aus Jantow, Gräfin Potomowska aus Przysilla, Wendorff und Frau aus Szadachowo, Frau Jouanne aus Benartowice, Frau v. Kalkstein aus Jablonia, die Baumeister Siemien und Bruns aus Berlin, Baumeister Kaufmann aus Buz, die Kaufleute Danke aus Berlin, Bachmann aus Schwarzenberg, Ohlsen aus Bremen, Dittmar aus Saalfeld, Timus aus Breslau, Ulbrich aus Gleiwitz, Salomon aus Guben, Braun aus Hamburg.

HOTEL DE BERLIN. Die Gutsbesitzer Frau Jffland u. Tochter aus Marwitz, Jffland aus Giesewitz, v. Walczewski aus Smolary, v. Kropinski, Jauernit aus Erzeßitz, Haus aus Kolaika, Schumann aus Ruden, Landwirth Putzisch aus Lubosch, Oberförster Chojnacki aus Bojesewice, Professor Kolberg aus Kratau, Hauptamtsrendant Dpzig aus Stalmierzycze, Frau Kaufm. Richter und Geschwister aus Insterburg, Kaufm. Klug aus Bialoslone.

SCHWARZER ADLER. Die Gutsbesitzer Szrajber aus Czerniejewo, Heyducki aus Krerowo, Janicki und Kierpowski aus Schroda, Geistlicher Kędziński und Gutsbesitzer Dymowski aus Murzynowo, Frau Kaufmann Hein aus Königsberg.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Rechtsanwalt Weinhardt aus Gnesen, Landwirth v. Rieder aus Gora, Stud. phil. Hoffmann aus Stettin, Fräul. Knopfmacher aus Glogau, Ober-Postkommissar Hilschitz aus Schwerin a. W., die Kaufleute Schmal aus Berlin, Fabiente aus Annenau, Dembitz aus Breslau und Stosch aus Komniz.

Die Redaktion wird um Aufnahme folgenden Eingekandts, das der Herr Verfasser, wie uns scheinen will, fälschlich als eine (unter den § 26 des Preßgesetzes fallende) „Berichtigung“ nennt. Indessen scheint uns die darin berührte Angelegenheit wichtig genug, um den Brief, trotz seiner Ausfälle, die wir im Interesse des Herrn Briefschreibers bedauern, hier aufzunehmen:

Obornit, 18. August. In Nr. 191 dieser Zeitung wird in einem Referate über hiesige städtische Angelegenheiten zum Besten der Ausbreitung gebracht, hier eine bessere Schule zu gründen. Sollte der Schreiber damit eine höhere Schule meinen, so möge derselbe künftighin sein Nachwerk, bevor er es der Öffentlichkeit übergibt, erst corrigiren lassen; will derselbe aber damit die hiesigen Lehrer verächtlichen, so ist dies eine Verleumdung den geachteten Lehrern dieser Zeitung gegenüber. Es besteht hier eine evangelische und eine katholische Schule mit je 2 Lehrern, welche das Nützliche leisten. Dieses werden nicht bloß die hohen Behörden, sondern auch die in diesen Schulen gebildeten, jetzt zum Theil ehrenvolle Väter beilebenden Böglinge bekunden. — Um das bis vor Kurzem auch in weiteren Kreisen bekannte, gemüthliche und Ruhe liebende Obornit nicht in Mißkredit zu bringen, diene übrigens dem geehrten Publikum zur Erklärung, daß seit einigen Jahren hier wenige ränkliche und aufwieglerische Elemente eingezogen sind, welche hoffentlich nur vorübergehend im Stande sein werden, Zwietracht auszustreuen.

Der Hauptlehrer Ferdinand Bleich.

Auf den Artikel aus Gnesen in Nr. 192 geht uns eine Erwiderung zu, die, wie so oft, die Grenzen einer tatsächlichen „Berichtigung“ weit überschreitet, indem damit Angriffe auf den Gegner und persönliche Angelegenheiten vermengt werden, die keine Berichtigung mehr sind. Wir ersuchen, in der Folge sich dergleichen zu enthalten, wenn andernfalls die Herren Berichtigter des im § 26 des Preßgesetzes gewährten Rechts, wonach die Berichtigung kostenfrei aufgenommen werden muß, nicht verlustig gehen wollen. Die erwähnte Berichtigung lautet:

Die in dem Artikel d. d. Gnesen, den 16. August über mich verbreiteten gehässigen Behauptungen sind unwahr. Ich habe nicht, nachdem ich, wie jeder Artikel sagt, den Kontrakt in der Tasche hatte, bemerkt, daß ich nicht das nötige Kapital besäße, und habe ich der Stadt niemals den Vorschlag gemacht, mir ein Darlehen von 15,000 Thlr. zu geben, sondern es ist mir vor, während und nach Schluß des Vortrages von Seiten der Stadt Gnesen und insbesondere durch den Hrn. Bürgermeister, sowie den Hrn. Stadtrath Dobrowolski die Dofferte gemacht worden, die Stadt in Höhe von 15—20,000 Thlr. als Theilnehmer anzunehmen. Es ist unrichtig, daß ich mich um Theilnehmer bemüht und keine gefunden habe. Vielmehr stehen mir Anerbieten gebieter Persönlichkeiten genügend zur Seite, die ich eben so wenig, wie die der Stadt Gnesen bis heute akzeptirt habe. Es ist unrichtig, daß ich von der Stadt Gnesen die Bewilligung eines Darlehens nachgesucht und dann in der „ersten Stunde“ die Beteiligte vorgelegt habe.

hätte. Vielmehr habe ich den städtischen Organen wiederholt erklärt, daß ich lieber auf ihre Dofferte verzichte, da dem großen, segensreichen Unternehmen die allgemein nötige, unbefangene Theilnahme nicht geollt wurde. Daß aber ein Gnesener das Pfahlbürgerthum und die Gefährlichkeit so weit treiben werde, unwahre Behauptungen durch die „Presse“ zu verbreiten und zu versuchen, meinen Ruf zu schädigen, das hätte ich nicht für möglich gehalten und muß annehmen, daß diesem Beginnen nicht nur Unverständnis, sondern auch unlautere Motive zu Grunde liegen.

Bei Jedem, der mich kennt, oder der sich mit den Voraussetzungen und Zielen großer Unternehmungen vertraut gemacht hat, hat jener boshafte Angriff sein Ziel verfehlt. Für den damit nicht Vertrauten will ich nur bemerken, daß ich bisher 10 Gasanstalten theils ins Werk setzte, theils in Angriff genommen, daß ich überall eine ehrende Anerkennung meiner Thätigkeit und lokalen Handlungsweise gefunden habe.

Daß ich alle diese Gasanstalten nicht für mich baue, sondern damit einverstanden bin, vorwurfsfreie Theilnehmer anzunehmen und nicht minder nach der Vollendung der Anstalt ganz oder theilweise Kommunen oder zahlungsfähige Privaten abzutreten und mich mit dem geringen Nutzen zu begnügen, welchen mir als Fabrikanten die Arbeit abwirft, leuchtet wohl Jedem einigermaßen mit der Welt lebendem Menschen ein. Daß der größere und anhaltendere Nutzen meinem Nachfolger zu Theil wird, wird Jeder ermessen, der sich mit der Geschichte der Gasproduktion vertraut gemacht hat. Was nun die Summe anbelangt, die für den beschränkten Wirkungskreis des Gnesener wohl eine unsagbare sein mag, so spielen 15—20,000 Thlr. bei so umfangreichen Unternehmungen keine so große Rolle. Der gallische Gnesener jenes Artikels könnte sich leicht eines Andern überführen, wenn er sich, wozu ihm als Gnesener Gelegenheit geboten ist, Einsicht der Anschläge verschafft, und sich die bereits hergeschafften Materialien, so wie die im raschen Fortschritt begriffenen Bauten ansehen wollte. Es hätte ihn dies zum Schluß führen müssen, daß das unternommene Werk weit früher fertig wird, als die kontraktlich bedungene Zeit vorschreibt, und daß dies auch geschehen wird, wenn die Stadt ihre Beteiligte ablehnt.

Ich betrachte dies als meine erste und letzte öffentliche Erklärung, hoffe aber, im Schutz der Gesetze, Gelegenheit zu finden, mit dem Gnesener auf eine für ihn nicht angenehme Art bekannt zu werden.

Gnesen, den 18. August.

F. Pippig,

Gasunternehmer und Maschinenfabrikant aus Gogolin.

Avis.

Einfach und doppelt Gräzer, in- und ausländische Lager- und Export-Biere in 12 Sorten zum Preise von 3 1/3 bis 6 Thlr. pro 100 Fl., sowie auch echt engl. Porter und Ale, empfehle in stets schöner Qualität. Ich mache noch darauf aufmerksam, daß den Storken meiner Flaschenbiere meine Firma eingebrannt ist.

Friedr. Dieckmann.

(Eingekandts.)

Keine Krankheit vermag der delizösen Revalenscière du Barry zu widerstehen und beilegt dieselbe ohne Medizin noch Kosten alle Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleimhaut-, Athems-, Blasen- und Nierenleiden, Schwindel, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Diarrhöen, Schlaflosigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wassersucht, Fieber, Schwindel, Blutausschlag, Uebelkeit und Erbrechen selbst während der Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Gicht, Bleichsucht. — 70,000 Geneunigen, die aller Medizin widerstanden, worunter ein Zeugniß Sr. Heiligkeit des Papstes, des Hofmarschalls Grafen Plüskow, der Markgräfin de Bréhan. Copie dieser Certificate wird portofrei und umsonst auf Verlangen gesandt. — Nachhaster als Fleisch, erspart die Revalenscière 50 Mal ihren Preis in anderen Mitteln, wie auch die Revalenscière Chocolatée 10 Mal mehr als Fleisch und gewöhnliche Chokolade nährt; sie wird bei Erwachsenen, wie bei den schwächsten Kindern mit gleich gutem Erfolge angewandt, giebt Kraft, Schlaf und guten Appetit, fördert die Verdauung und macht geistig und körperlich gesund und frisch.

Dieses kostbare Nahrungsheilmittel wird in Blechbüchsen mit Gebrauchs-Anweisung von 1/2 Pfd. 18 Sgr., 1 Pfd. 1 Thlr. 5 Sgr., 2 Pfd. 1 Thlr. 27 Sgr., 5 Pfd. 4 Thlr. 20 Sgr., 12 Pfd. 9 Thlr. 15 Sgr., 24 Pfd. 18 Thlr. verkauft. — Revalenscière Chocolatée in Pulver und Tabletten für 12 Tassen 18 Sgr., 24 Tassen 1 Thlr. 5 Sgr., 48 Tassen 1 Thlr. 27 Sgr. — Zu beziehen durch Barry du Barry & Co in Berlin, 178. Friedrichsstr.; in Wien Freyung 6.; in Frankfurt a. M. 10. Hofmarkt; in Hamburg 41. Katharinenstraße; in Breslau bei S. O. Schwarz, Eduard Groß, Gustav Scholz; in Königsberg i. P. A. Kraatz, Bazar zur Rose; in Danzig, Albert Neumann; in Bromberg, S. Hirschberg, in Firma Julius Schottländer und in allen Städten bei Droguen-, Delikatesen- und Spezereihändlern.

Die städtische Baugewerkschule zu Idstein in der Provinz Nassau

beginnt ihren Winter-Kursus am 3. November a. c.

Baubauwerke, Baubestimmungen u. erhalten durch 4 Klassen denjenigen Unterricht, welcher von den Zeitverhältnissen beansprucht wird, so daß aus der obersten Klasse durch das Zeugniß der Reife dem Inhaber eine Bescheinigung verliehen wird, welche das früher verlangte „Meisterprüfungszeugniß“ nicht nur vollständig ersetzt, sondern auch ein größeres Vertrauen verdient, als das von besonderen Umständen abhängige Zeugniß einer Meister-Prüfungs-Kommission.

Der Schüler erhält Unterricht, die Materialien dazu, ärztliche Pflege, für den Preis von 35 Thalern pro Semester. (Leben gut und billig, Klima gesund, tägliche Eilmorgen- und Omnibus-Verbindung mit Frankfurt a. M., Wiesbaden, Mainz, dem Rhein, Limburg u. c.) Anmeldungen zur Aufnahme nimmt der Unterzeichnete entgegen, sowie derselbe auch bereit ist, auf Verlangen Programm und Schulplan zu übersenden.

Baumbach,

Direktor der Baugewerkschule zu Idstein.

Eine Herrschaft

in der Provinz Posen, wobei 300,000 Thlr. Anzahlung genügen, wird zu kaufen gewünscht. Verkaufsbedingungen erbittet **H. Alexander**, Kaufmann, Breslau, neue Schweißnigerstr. 4. Strengste Diskretion wird zugesichert.

Ich bin von meiner Reise zurückgekehrt.

Dr. Goldmann,
Sanit.-Rath.

In der Familie eines Geistlichen im Bromberger Regierungsbezirk können einige Pensionärinnen, Befähigte ihrer wissenschaftlichen Ausbildung, vom 1. September c. ab Aufnahme finden. Näheres sub M. fr. Ufz.

Das Mittergut Kunzendorf, Kreis Steinau (Niederschlesien), circa 1700 Morgen, kommt Dienstag den 7. September in der Kreisstadt zur

Subhastation.

Carl Hennig,

Kantor und Organist zu St. Pauli, Neustadt, Markt 3a, III.

Der Unterzeichnete beabsichtigt, einen

Lebungskursus

für Tenoristen und Bassisten zu eröffnen.

Herren, die sich im Gesange zu vervollkommen

wünschen, werden ersucht, sich in den

nächsten Tagen zwischen 2 und 3 Uhr (außer

Sonnabend) zu melden.

Offerte.

Die in Berlin begründete Norddeutsche Paket-Beförderungsgesellschaft Vallette, Reinecke, Randel & Co.

— Kommandit-Gesellschaft auf Aktien —
beginnt soeben die Organisation in großartigem Maasstabe, indem in allen Städten des Norddeutschen Postgebietes General- resp. Haupt- und Spezial-Agenturen errichtet werden zur Annahme und Ausgabe von Paketen. Da die Gesellschaft für jedes Paket eine bestimmte Provision und auch sonstige Revenüen gewährt, die courfrenden Pakete aber selbst an kleineren Orten nach Tausenden zählen, so dürfte diese Einnahme-Quelle die vollste Beachtung verdienen für Speditoren und Buchhändler, sowie für alle kaufmännischen Geschäfte mit offenen Läden. Kautionsfähige Bewerber belieben ihre Adresse unter Angabe von Referenzen sub Z. # 105 an die Expedition dieser Zeitung zu richten.

Wollauktion in Leipzig.

Zu der von mir in der Tuchwoche der nächsten Leipziger Michaelismesse am 1. und 2. Oktober zum Verlaufe der bei mir lagernden Partien russischer, wallachischer und ostpreussischer Wolle zu veranfaltenden öffentlichen

Wollauktion

sind, auf meine erste Aufforderung, bereits auch anderweitige mehrseitige Anmeldungen erfolgt und sonach alle Aussicht, daß die Auktion größere Ausdehnung erhalten werde.
Diejenigen Herren Besitzer deutscher, russischer, ungarischer, wallachischer Wollen, welche die voraussichtlich günstige Verkaufsgelegenheit benutzen möchten, ersuche ich wiederholt um baldmöglichste Anmeldung ihrer Partien spätestens bis 31. August und möglichst unter Angabe der Details über Ursprung, Qualität, Preislimitum u. s. w.
Im Fall das Limitum in der Auktion nicht erreicht werden sollte, wird die Weiterbeförderung oder anderweitige Einlagerung hier franko Provision besorgt. Wegen zu wünschender Vorschüsse, wie wegen jeder weiteren Auskunft bitte ich, sich direkt an mich zu wenden. Leipzig, den 10. August 1869.

S. Fränkel sen.,

Bank-, Kommissions- und Produkten-Geschäft.

Meinen hiersebst unter Nr. 3 und 4 nahe am Markt, vis-à-vis der Post belegenen, mit einem Kaufmannsladen verbundenen, sehr frequenten, 2stöckigen massiven

Gasthof

beabsichtige ich aus freier Hand zu verkaufen oder auch zu verpachten und kann die Uebergabe am 1. Oktober d. J. erfolgen.
Hierauf Respektirende wollen sich in Bezug der Bedingungen in portofreien Briefen an mich wenden.
Deutsch, den 19. August 1869.

W. Stein,

Gasthofbesitzer.

Es werden 100—150 Stück träberfreie Mutterschafe (Negretti) im Alter von 5 bis 6 Jahren gesucht. Näheres sub D. Sk. Or. poste restante Orchowo.

Die Eisengießerei und Maschinen-Fabrik

von

H. Hotop in Elbing

hält Lager und empfiehlt unter ausgedehnter Garantie für Leistungsfähigkeit:

Dampf-Dreschmaschinen und Lokomobilen von 6—10 Pferdekraft,

desgleichen fahrbare Drahtseil-Transmissionen

zur beliebig weiten Aufstellung der Lokomobile von den Wirtschaftsgeländen. Erfahrene Maschinisten zur Bedienung werden auf Wunsch abgelassen.
Preislisten stehen zu Diensten.

Leutnerische Hühneraugen-Pflasterchen

empfehlen 3 Stück 4 Sgr., im Duzend 12 1/2 Sgr., nebst Anweisung
Herrmann Moegelin, Bergstraße 9.

Prima-Stearin-Altarkerzen

empfehlen en gros en détail billigt. Auswärtige Aufträge werden prompt effectuirt.

J. Blumenthal in Posen, Krämerstraße 15.

Sämmtliche Brunnen frischerer Füllung, Badefalse, mediz. Seifen, Labessenz, Romershausen Augenessenz, Emser Pastillen u. a. sind stets zu den billigsten Preisen zu haben in der rothen Apotheke, Markt- und Breitestr. Ecke.

Den ersten Transport süßer ungarischer Weintrauben empfangen

W. F. Meyer & Co.

Wilhelmsplatz 2.

Friedrichstr. 33 b., 2 Et. vorheraus, ist ein möbl. Zimmer vom 1. Sept. zu verm.

Börse-Telegramme.

Bis zum Schluß der Zeitung ist das Berliner Börse-Telegramm nicht eingetroffen.

Stettin, den 20. August 1869. (Marsch & Mass.)

Weizen, Alt.	Not. v. 19.	Not. v. 19.	Not. v. 19.
Sept.-Dkt.	74	Sept.-Dkt.	12 1/2
Okt.-Nov.	73	April-Mai 1870	12 1/2
Frühjahr 1870	72 1/2	Spirit, flau.	
Sept.-Dkt.	53 1/2	Sept.-Dkt.	16 1/2
Okt.-Nov.	52 1/2	Okt.-Nov.	16
Frühjahr 1870	51	Frühjahr 1870	16 1/2

Börse zu Posen

am 20. August 1869.

Fonds. Posener 3 1/2 % alte Pfandbriefe 95 1/2 Br., do. 4 % neue do. 83 Bd., do. Rentenbriefe 85 Bd., do. Provinzial-Banckattien 101 Bd., do.

Dampfschiff „Smidt“

I. Classe

von Bremen nach Newyork

fährt am 1. September 1869.

Passagepreise: I. Kajüte 90 Thlr., II. Kajüte 50 Thlr., Zwischendeck 45 Thlr. Courtant inkl. vollständiger Bekleidung. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte, Säuglinge 3 Thlr. Ueberfahrts-Bedingungen und sonstige Auskunft direkt durch

G. Lange & Co. in Bremen,

da die hiesigen Schiffsagenten, sowie deren Agenten im Inlande kontraktlich gebunden sind, nur für den Nordd. Lloyd Passagiere anzunehmen.
Dann folgende Expedition Anfang November 1869.

Tüchtige Subtribentenmacher werden gegen hohe Provision und Gehalt gesucht durch die Vereins-Buchhandlung Carl Tanne, Wasserstraße 28, 1. Etage.

Für ein Kurzwaren-Geschäft in einer Provinzialstadt wird ein junger Mann, der mit der Buchführung vertraut ist, zum sofortigen Antritt gesucht. Näheres bei J. H. Kullner, Gr. Gerberstr. 21.

Auf der Domaine Grobia bei Biele wird zum 1. Okt. eine deutsche Wirtschaftlerin in gelesenen Jahren gesucht, die mit der feinen Küche vertraut ist und ihre Tüchtigkeit durch gute Zeugnisse nachweisen kann.

Hotels u. Buffetmädchen, sowie Leute aller Branchen sind zu haben durch das Miethsbureau E. Anders, Große Ritterstraße 14.

Gute anständige Köchinnen und Hausmädchen weist nach Miethsfrau Ulrich, Große Ritterstraße 15.

Ein junger unverheiratheter Müller, der polnischen Sprache mächtig, in allen im Mühlbetriebe vorkommenden Bauten bewandert, sucht Anstellung als Vorsteher einer Dampf- oder Wassermühle.
Gef. Offerten werden franko unter W. F. poste rest. Offorowo erbeten.

Michaelis Brühl ist aus meinem Geschäft entlassen. K. Kozminski, Eisenhandlung.

Eine schwarz und grau gefleckte, langhaarige Jagdhündin, auf den Namen Donna hörend, ist in der Nähe von Gempin entlassen. 3 Thaler Belohnung, wer dieselbe Kleine Ritterstraße 3, im ersten Stock abgibt.

מחורים

Machsorim, Sidurim

von Dr. Sachs, Fürstenthal, Letteris u. A. Bibeln, Pentateuch, Gebet- und Andachtsbücher in eleganten Einbänden zu den billigsten Preisen. Großes Lager bei

Joseph Jolowicz, Markt 74.

מחורים

Machsorim, Bestgebete der Israeliten, übers. von Sachs und Anderen, Sidurim, Bibeln, Pentateuch, Technoth, sind in eleganten Einbänden zu billigen Preisen vorrätig bei

Louis Türk, Wilhelmsplatz 4.

Inserate

in sämmtliche existierende Zeitungen werden zu Originalpreisen prompt besorgt. Bei grösseren Aufträgen Rabatt. Annoncenbureau von Eugen Fort in Leipzig

Leihbibliothek.

Meine mit allen irgendwie bedeutenden Erscheinungen aus der älteren und neueren Belletristik auf das Sorgfältigste ausgestattete Leihbibliothek empfehle ich zur gefälligen Benutzung.

Louis Türk,

Wilhelmsplatz 4.

Stenogr. Verein nach Stolze.

Der neue Kursus beginnt morgen den 21., 8 Uhr Abends, in der Mittelschule. Meldungen nimmt entgegen S. Rolte, Wasserstr. 7.

Humanitäts-Verein.

Zum bevorstehenden hohen Feste sind nur noch einige Männer- und Frauenstellen zu vermieten. Näheres bei unserem Kontrolleur Herrn J. Blumenthal.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Kreuzkirche. Sonntag den 22. August, Vorm. 10 Uhr: Herr Pastor Schönborn. — Nachm. 2 Uhr: Herr Oberprediger Klette.
Petrikirche. Sonntag den 22. August, früh 10 Uhr: Herr Diaconus Goebel. — Nachm. 2 Uhr, Christenlehre: Herr Diaconus Goebel.

St. Pauli-Kirche. Sonntag den 22. August, Vorm. 9 Uhr, Abendmahlsfeier: Hr. Konfirmandenrat Schultze. — 10 Uhr, Predigt: Herr General-Superintendent D. Cranz.

Garnisonkirche. Sonntag den 22. August, Vorm. 10 Uhr: Herr Militär-Oberprediger Händler.

Ev.-luth. Gemeinde. Sonntag den 22. August, Vorm. 9 1/2 Uhr: Herr Pastor Kleinwächter. — Nachm. 3 Uhr: Derselbe.

In den Parodien der vorgenannten Kirchen sind in der Zeit vom 13. bis 19. August: getauft: 9 männliche, 7 weibliche Pers., gestorben: 7 männliche, 10 weib. Pers., getraut: 1 Paar.

Familien-Nachrichten.

Als Verlobte empfehlen sich: Ernestine Goldschmidt, Marius Knoblauch. Posen. Gnesen.

Die Verlobung unserer ältesten Tochter Gertrude, mit Herrn Louis Hamburger aus Polnisch-Lissa, beehren wir uns hierdurch ergebenst anzuzeigen.
Kozmin, im August 1869. Jakob Blasse und Frau.

Als Verlobte empfehlen sich: Gertrude Blasse, Louis Hamburger. Kozmin. Polnisch-Lissa.

Berlin, 19. August. Wind: Nord. Barometer: 28°. Thermometer: 18°. Witterung: bewölkt.

Für Roggen traten Käufer heute mit erheblich schlechteren Geboten in den Markt. Loko räumten sich die mäßigen Offerten zu festen Preisen, nachdem sich die Käufer vergeblich bemüht hatten, billiger anzukommen. Gefündigt 3000 Etr. Ründigungspreis 54 1/2 Rt.

Roggenmehl matt. Gefündigt 500 Etr. Ründigungspreis 3 Rt. 25 1/2 Sgr.

Weizen eröffnete flau und gewann festere Haltung im Laufe des Marktes. Hafer blieb loco schwer verkäuflich. Termine nicht viel verändert. Gefündigt 3000 Etr. Ründigungspreis 29 Rt.

Rübsöl hat trotz der hohen auswärtigen Kurse hier seinen Werth nicht behaupten können. Es fehlte Kaufkraft gegenüber nur billigeren Offerten. Spiritus flau und auf alle Sichten merklich billiger verkauft. Reichlich offerirt sind besonders die entfernten Termine. Schließlich war die Haltung ein wenig fester.

Stettin, 19. August. [Amtlicher Bericht.] Wetter: veränderlich. Thermometer: + 17°. Barometer: 28.4. Wind: NW.

Weizen, Termine niedriger, Schluss etwas fester. p. 2125 Pfd. loco gelber inländ. 73—78 Rt., alter 75—81 Rt., bunter poln. 74—78 Rt., weißer 78—83 Rt., ungar. alter 64—72 Rt., neuer 73—76 Rt., 83/85 Pfd. gelber pr. August 79 Rt. Br., Sept. 75 Rt., Okt. 73 1/2, 74 Rt. u. Bd., Dkt.-Nov. 73. 73 1/2, Frühjahr 72 1/2, 73 Rt. u. Bd.

Roggen niedriger, p. 2000 Pfd. loco 55 1/2—57 Rt., seither 58 Rt., ungar. 54 1/2—56 Rt., pr. August 55—54 1/2 Rt. u. Bd., Sept.-Okt. 54—53 1/2, 54 Rt., Dkt.-Nov. 53, 52 1/2, 52 1/2, 53, Frühjahr 51 Rt.

Gerste p. 1750 Pfd. oderbr. 47—48 1/2, 48 1/2, 40—47 Rt. Hafer matt, p. 1300 Pfd. loco alter 33—36 Rt., neuer 31—33 Rt., 47/50 Pfd. pr. Sept.-Okt. 31 1/2 Rt. Br., Frühjahr 31 1/2 Rt.

Erbbsen ohne Handel. Mais p. 100 Pfd. loco 66 Sgr. Br., 65 Bd. Winterrübsen p. 1800 Pfd. loco 100—103 Rt., pr. Sept.-Okt. 104 1/2 Rt. Bd.

Rübsöl fest, loco 12 1/2 Rt. Br., pr. August 12 1/2 Rt., Sept.-Okt. 12 1/2, 1 1/2, 1 1/2 Rt. u. Bd., Dkt.-Nov. 12 1/2 Rt., April-Mai 12 1/2 Bd.

Heute Nachmittag 4 Uhr starb unser liebes Töchterchen Käthchen im 6. Lebensmonate an Krämpfen.

Mur-Goslin, den 19. August 1869. Morgenstern, Posthalter.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen. Hr. Marie Lehmann mit dem Geh. Registrator Reinhard Klippel in Berlin, Hr. Marie Travers in Frankfurt a. O. mit dem Prediger, Hr. Th. Förster in Berlin.

Verbindungen. Lieutenant Himmel mit Hr. Konstanze Stremel in Dresden.

Geburten. Ein Sohn dem Hr. A. Schmädig in Köpenick, dem Pastor D. Friedemann in Wollich-Bychow, dem Grafen Leopold Schaffgotsch auf Schloß Greiffenstein, dem Hr. R. v. Rottwilt in Langheidersdorf; eine Tochter dem Major a. D. Henry v. Dumbert in Hohenkränzig, dem Pastor Funke in Tessa, dem Prem.-Lieutenant Bonneberg in Rüstern, dem Pastor D. Joseph in Schwelm, dem Prem.-Lieutenant Koch in Erfurt, dem Korps-Auditeur Stetter in Schleswig.

Todesfälle. Handlungs-Kommiss Albert Danneberg und Kaufmann Wilhelm Suppius in Berlin, Frau Karoline Radeke, geb. Casse, in Neustadt-Eberswalde, Bahameister a. D. August Sidt in Trebbin, Hr. Ada v. Saza-Nablit in Charlottenburg, Rentier Theodor Möller in Greifenberg i. Pomm., Frau Friederike v. Zisch, geb. v. Lettow, in Starpel, Major a. D. August v. Wulffen in Coburg III., verm. Frau Clara v. Tiedemann-Brandis, geb. v. Stüdtgen, in Klein-Ras, Frau Ministerialrätin Emilie v. Amsberg, geb. Pedorff, in Schwerin.

Saison-Theater.

Freitag den 20. August, erstes Gastspiel des Fräulein Minna Wagener vom Carltheater in Wien: Die schöne Calathée. Operette in 1 Akt von Suppé. — Hierauf zum ersten Male: Das Sonntagsgastspiel. Lustspiel in 1 Akt von Bielow. — Zum Schluss: Die Ganni weint, der Ganni lacht. Komische Operette in 1 Akt von Offenbach. Fräulein Minna Wagener — Calathée und Gannchen Blühweiss.

Sonabend den 21. August, zum zweiten Male: Eine kleine Mondfinsternis. Lustspiel in 1 Akt von G. v. Moser. — Hierauf zum ersten Male: Eine möblierte Wohnung. Schwank in 1 Akt von Gorn. — Dann folgt: Das Sonntagsgastspiel. Original-Lustspiel in 1 Akt von Bielow. — Zum Schluss: Unter dem Pantoffel. Lustspiel in 1 Akt nach dem Französischen von Köster.

Sonntag den 22. August, zweites Gastspiel des Fräulein Minna Wagener, vom Carltheater in Wien: Pariser Leben. Burleske Oper in 5 Akten von Offenbach. Gabriele — Fräulein Minna Wagener.

Billetts sind bei den Herren Ed. Bote & G. Bode zu haben.

Volksgarten.

Bei ungünstiger Witterung im Lokale.

Heute Freitag den 20. und Sonnabend den 21. August großes Konzert u. Vorstellung.

Entrée 3 Sgr. Tagesbillets à 2 Sgr. in den Konditoreien des Herrn R. Neugebauer. Anfang 7 Uhr. Emil Zaubner.

Lamberts Garten.

Sonabend den 21. August

großes Konzert.

(Streichmusik.)

Anfang 5 1/2 Uhr. Entrée 1 Sgr. F. Wagener.

Schulze's Garten.

Sonabend und Sonntag

großes Enten-Ausschieben,

wozu ergebenst einladet Schulze.

Am Sonntag den 22. d. Mts. findet in Schwenzen das allbeliebte

Ernteschießen

statt, wozu alle Freunde gemüthlicher Fröhlichkeit eingel. werden. Der Schießhauswirth.

